Abendausgabe

Nr. 598 44. Jahrgang
B 296

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

*

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Montag
19. Dezember 1927
10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Ablehnung der Schiedssprüche.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegen beide Schiedssprüche, die Christlichen nur gegen den Lohnschiedsspruch.

Essen, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Funktionäre des **Deutschen Metallarbeiterverbandes** nahmen am Sonntag in Essen zu den Verhandlungen und den Schiedssprüchen der Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe Stellung. Referent war der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Karl Wolf, der an den Tarifverhandlungen teilgenommen hatte. Er führte u. a. aus:

„Ein besonderes Merkmal, das die Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ganz erheblich erschwerte, war die Uneinigkeit der drei Gewerkschaftsrichtungen in der Aufstellung ihrer Forderungen. Wir wollen gern anerkennen, daß zwischen dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und dem DMV. nur einige kleinere, im Wortlaut der Forderungen liegende Differenzen ohne Belang bestanden, aber es war unmöglich, mit dem Christlichen Metallarbeiterverband auf eine Linie zu kommen.

Seit 1924 forderten die Gewerkschaften aller drei Richtungen bei jedem Kündigungstermin **die Wiedereinführung der dreigeteilten achtstündigen Wechselschicht und den allgemeinen Achtstundentag.** Dieser Boden wurde diesmal vom Christlichen Metallarbeiterverband glatt verlassen. Man beschränkte sich vornehmlich auf die Verteidigung der Verordnung und die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit für einige andere Arbeitergruppen. Man betonte positiv, daß man nicht die Absicht habe, den sogenannten „schematischen Achtstundentag" zu fordern.

In diesem Punkte der Schlichtungsverhandlungen gab es infolge dieser Tatsache recht unangenehme Szenen zum Schaden der Arbeiterschaft."

Am Schlusse der Konferenz wurde eine Entschließung angenommen, in welcher der Schiedsspruch als unbefriedigend erklärt wird. In bezug auf den Lohnausgleich betrachtete die Konferenz eine Ablehnung des Schiedsspruches sogar als ein Gebot der Selbstachtung.

Die Hirsch-Dunckerschen lehnen glatt ab!

Essen, 19. Dezember. (TU.)

Der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter (H.-D.) nahm in einer gestern hier abgehaltenen Konferenz der Vorstände und Vertrauensmänner im Beisein eines Vertreters des Hauptvorstandes zum Schiedsspruch Nord-West Stellung.

Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Schiedsspruch sowohl mit Bezug auf die Arbeitszeit als auch auf die **Lohnfrage für unannehmbar erklärt und abgelehnt** wird.

Zur Arbeitszeitfrage erklärt die Konferenz, **daß** in dem Schiedsspruch die Belange der Unternehmer in überaus reichem Maße und die der in ihrer Gesundheit gefährdeten Arbeiterschaft nur ungenügend berücksichtigt sind.

Zur Lohnfrage wird festgestellt, daß nach dem 1. März 1927 keinerlei Lohnerhöhung eingetreten ist. Die Arbeiterschaft müsse infolgedessen einen Schiedsspruch erwarten, der diesen Verhältnissen Rechnung trage. Erschwerend komme hinzu, daß die neue Lohnregelung bis zum 1. Oktober 1928 Geltung haben solle.

Auch der für eine Mehrleistung (Ueberstundenarbeit) vorgesehene erhöhte Zuschlag könne keineswegs als eine Lohnerhöhung angesprochen werden. Die Konferenz müsse daher die Verantwortung für die durch den Schiedsspruch geschaffene Situation ablehnen.

Die Konferenz erklärt ferner, daß für die Mitglieder des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (H.-D) nur die Beschlüsse der verantwortlichen Leiter der Organisationen maßgebend seien. Die Parolen außenstehender Personen lehne die Konferenz mit Entschiedenheit ab.

Die Entscheidung der Christlichen.

Mülheim (Ruhr), 19. Dezember. (WTB.)

Hier fand gestern eine von hundert Delegierten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte Konferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes statt, um zum Schiedsspruch für die Großeisenindustrie Stellung zu nehmen.

Nach Entgegennahme der Berichte der Verbandsunterhändler Schmitz und Burgartz über die Essener und Düsseldorfer Verhandlungen und eingehender Aussprache, die insgesamt acht Stunden in Anspruch nahm, beschloß man **die Ablehnung des Lohnschiedsspruchs.**

Dagegen wurde **der Schiedsspruch über die Arbeitszeit angenommen.**

Weiter beschloß die Bezirkskonferenz, die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Prüfung der Anträge der Industrie zu beantragen. Es handelt sich dabei um die Mitwirkung bei Prüfung von Anträgen auf Hinausschiebung des Inkrafttretens der Verordnung vom 10. Juli 1927 und zur Ueberwachung der Inangriffnahme und des Fortgangs der von diesen Werken angezeigten Umbauten.

Ein anderer Beschluß der Bezirkskonferenz fordert die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Untersuchungen über die Rentabilität der Werke, wobei sich die Konferenz auf das vorbildliche Abkommen der Großeisenindustrie Englands stützt, wo Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, jede für sich und unabhängig, vereidigte Buchprüfer unterhalten, die gemeinsam Untersuchungen über die Werke vornehmen.

*

Die entgegengesetzte Stellungnahme der freigewerkschaftlichen und der christlichen Metallarbeiter in der augenblicklich wichtigsten Frage der Arbeitszeit ist überaus bedauerlich und erleichtert den Unternehmern das Spiel.

Was nun?

Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zu morgen, Dienstag, zu einer Aussprache über die Verbindlichkeit der Schiedssprüche geladen. Die Absicht des Reichsarbeitsministers ist bekannt. Er wird nach der Entscheidung der ihm nahestehenden christlichen Gewerkschaften voraussichtlich den Arbeitszeitschiedsspruch für verbindlich erklären.

Die Herren des Luftverkehrs.

Das Reichsverkehrsministerium. — Sein Etat und seine Organisation.

Seit wir vor Jahren in diesen Spalten den Etat des Reichswehrministeriums kritisch betrachtet haben, ist solche Kritik von einer breiteren Oeffentlichkeit aufgenommen worden, und seit längerer Zeit schon steht der Wehretat im Vordergrunde der deutschen Etatskritik. Das ist dem Etat des Reichswehrministeriums bislang zugute gekommen, der ebenso wie der Wehretat die Kritik herausfordert, wenn er auch ziffernmäßig nicht so zu Buch schlägt wie der letztere.

Der Reichsverkehrsetat für 1928 schließt im ordentlichen Haushalt ab mit 177 Millionen, im außerordentlichen Haushalt mit 53 Millionen. Seine nicht unerheblichen Einnahmen (aus Kanalabgaben, Schleppgebühren, Lotsgeldern usw.) beziffern sich auf 33 Millionen. Er umfaßt neben den Ausgaben für das Ministerium selbst die Haushalte mehrerer kleinerer, dem Ministerium unterstellten Behörden (Deutsche Seewarte, Reichskanalamt, Reichswasserschutz u. a.) und vor allem die allgemeinen Bewilligungen auf dem Gebiete der Seeschiffahrt, des Eisenbahnwesens, des Luft- und Kraftfahrwesen.

Wie im Reichswehretat finden sich auch im Verkehrsetat in reicher Fülle alle den Etat verdunkelnden „Ermächtigungen". Allein von den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts in Höhe von 119 Millionen sind 68 Proz. übertragbar; 25 Proz. dieser Ausgaben sind „gegenseitig deckungsfähig"; bei 46 Proz. der Mittel fließen Einnahmen, ohne besonders etatisiert zu werden, den betreffenden Fonds wieder zu — kurz: es ist auch hier wie im Wehretat unmöglich, ein klares Etatsbild zu gewinnen.

Aber auch abgesehen von diesen formalen Verschleierungen, zu denen noch manches zu sagen sein wird, fordert der Verkehrsetat, und zwar vor allem die allgemeinen Bewilligungen für die Luftfahrt die Kritik heraus. Diese Luftfahrtsubventionen sollen gegen das Vorjahr um 9½ Millionen erhöht und damit auf 55½ Millionen gesteigert werden. Fast ein Drittel der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts soll also für die Luftfahrt verwendet werden.* Bisher sind die von Jahr zu Jahr erhöhten Subventionen für den Luftverkehr im Reichstag in einer gewissen Hurrastimmung bewilligt worden. Der nicht an die Grenzen von Ländern und Kontinenten gebundene Luftverkehr erschien als ein vorzügliches Mittel, die Völker einander näherzubringen, durch den Krieg zerstörte wirtschaftliche Brücken neu zu errichten, die Fortschritte deutscher Technik auch in entlegenen Ländern zur Geltung zu bringen. So wurden immer steigende Mittel ohne besondere etatsrechtliche Bindungen bewilligt.

Gewiß sollen nach den allgemeinen Vorschriften die im Etat bewilligten Gelder nur gemäß der im Etat vorgesehenen Zweckbestimmung verausgabt werden. Aber was mit großen Sammelfonds, für deren Verwendung nur ganz allgemein gehaltene Zweckbestimmungen vorgesehen sind, alles gemacht werden kann, hat der Reichstag in den letzten Jahren wiederholt erleben müssen. Selbst die Reichsminister Dr. Köhler und Dr. Geßler sind unter dem Druck der sozialdemokratischen Kritik bei den letzten Etatsdebatten gezwungen gewesen, sich gegen die großen Sammelfonds auszusprechen. Von den für die Luftfahrt verlangten 55½ Millionen sind nun allein 44½ Millionen in drei Sammelfonds enthalten. Zwei dieser Fonds umfassen je 20 Millionen und sollen dienen: der eine zur „Förderung der dem regelmäßigen öffentlichen Verkehr dienenden Luftfahrtunternehmungen", der andere zur „Förderung wissenschaftlicher und allgemeinwirtschaftlicher Zwecke". Es wird keine Verwendungsmöglichkeit dieser 40 Millionen geben, die nicht mit Leichtigkeit in eine dieser beiden Zweckbestimmungen unterzubringen ist! Nicht besser steht es mit dem dritten kleineren Fonds von 4½ Millionen Mark, der bestimmt ist, als „Beitrag zu den Kosten und zum Ausbau der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof.".

Eine der wichtigsten Fragen, die der Verkehrsetat bei dieser Sachlage aufwirft, ist die, ob diese hohen Summen in bestmöglicher Weise verwendet werden, um der geographischen Lage Deutschlands entsprechende und beste und schnellste Beförderung gewährleistete Luftlinien für Personen-, Fracht- und Postverkehr zu schaffen. Die Frage ist in neuerer und neuester Zeit von der bürgerlichen Presse („Münchener Neueste Nachrichten", „Frankfurter Zeitung", „Tägliche Rundschau", „Kölnische Volkszeitung" u. a.) wiederholt und in ausführlichen Darlegungen behandelt und fast ausnahmslos verneint worden. Auch im Hamburger Parlament wurden im November scharfe Angriffe gegen die bisherige Art der Ausgestaltung des deutschen Flugverkehrs und die Schaffung der vielen innerdeutschen „Hüpflinien" gerichtet.

So richtig all diese Kritik im einzelnen ist, sie geht an dem Kern des Problems vorbei. Die Abteilung Luftfahrt des Reichsverkehrsministeriums ist das bei weitem wichtigste Organ der Luftfahrt in **Deutschland.**

Ketzergericht in Moskau.

75 Oppositionsführer als Gegenrevolutionäre durch den Parteitag ausgeschlossen

Moskau, 19. Dezember.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat nach einem Referat Ordschonikidses im Namen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Opposition einstimmig und ohne Stimmenthaltungen eine Resolution angenommen, durch die 75 aktive Mitglieder der Trotzkischen Opposition, darunter Kameneff, Rakowski, Smilga, Smirnoff (ehemaliger Volkskommissar für Post und Telegraph), Radek, Pjatakoff, Laschewitsch, Muraloff, Jewdokimoff, Bakajeff, Sawaroff und andere sowie die gesamte sogenannte Gruppe Sapronoffs, die aus 23 Personen besteht, als offen antirevolutionär aus der Partei ausgeschlossen werden.

Diese Resolution erklärt, daß in den von 121 aktiven Oppositionellen unterschriebenen und dem Parteitag eingereichten Schriftstück vom 3. Dezember „die Opposition auf die Propaganda ihrer menschewistischen Ansichten nicht nur nicht verzichtet, sondern weiter darauf besteht. Nachdem der Parteitag nach dem Referat Stalins über die Unvereinbarkeit der Propaganda der Ansichten der Trotzkischen Opposition mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei eine Resolution angenommen hatte mit der Forderung, die Opposition solle ihre Ansichten rückhaltlos widerrufen, wurden dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Opposition zwei Oppositionserklärungen vom 10. Dezember zugestellt. Die erste trägt die Unterschriften von Rakowski, Muraloff und Radek;; sie besteht sowohl auf der Notwendigkeit der Beibehaltung ihrer eigenen Ansichten wie auf der Notwendigkeit ihrer Propaganda; die zweite von Kameneff, Bakajeff, Jewdokimoff und Awdeeff unterschrieben, besteht auf der Beibehaltung der Oppositionsansichten, verzichtet jedoch auf deren Propaganda. „Indem der Parteitag die offensichtliche Uneinigkeit dieser beiden oppositionellen Grüppchen feststellt, erklärt er beide Oppositionserklärungen für völlig unbefriedigend."

Von dieser Stelle aus wird der gesamte deutsche Luftverkehr in der Hauptsache bezahlt, der Aufbau, die Förderung und Ueberwachung des Luftverkehrs wahrgenommen. Abgesehen von einigen Verwaltungsbeamten und Juristen sitzen in ihm aber vom Dirigenten abwärts nahezu ausschließlich ehemalige Fliegeroffiziere. Wo ist in der Ministerialinstanz der so notwendige Verkehrsfachmann, wo der Techniker, der Maschinen nicht allenfalls zu handhaben, sondern zu bauen und zu prüfen versteht, wo der kaufmännisch geschulte Mann, der große wirtschaftliche Unternehmungen zu überblicken und zu beurteilen vermag? Nicht einer dieser Fachänner ist vorhanden.

Dabei beherrschen die höheren Beamten der Ministerialabteilung, denen der deutschnationale „Fachminister" Koch wohl nicht dreinreden wird, die deutsche Luftfahrt unumschränkt, unmittelbar und mittelbar! Denn dasselbe Bild, das die Ministerialabteilung zeigt, wiederholt sich in allen untergeordneten Instanzen. Bei der mit der Ministerialabteilung in engster Beziehung stehenden und von ihr vollkommen abhängigen Organisation der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt sowie bei den eigentlichen Trägern der Luftfahrt selbst, der Deutschen Lufthansa und den deutschen Flughäfen.

Mit Ausnahme eines kaufmännischen Direktors sind bei der Lufthansa alle leitenden Stellen in den Händen ehemaliger Offiziere bzw. Söhnen von solchen. Auch dort fehlt es an den eigentlichen Fachleuten, den Technikern und Kaufleuten. Wie es niemandem in den Sinn kommen wird, die Schaffung von Eisenbahnanlagen oder die Leitung eines Eisenbahn- oder Autounternehmens nahezu ausschließlich Führern dieser Verkehrsmittel anzuvertrauen, so erscheint solche Organisation bei Luftfahrtunternehmungen ebenso unhaltbar. Selbstverständlich sollen auch jetzige oder frühere Flieger die Möglichkeit erhalten, ihre Erfahrungen in Luftfahrtunternehmungen zu verwerten. Aber nach ihrer ganzen Vorbildung sind sie nicht befähigt, wirtschaftliche Unternehmungen kaufmännisch und technisch zu organisieren und zu leiten. Schließlich besteht die Tatsache, daß in einer sehr großen Zahl von Kommunen, die Flugplätze errichtet haben und zu diesem Zweck mit der Luftfahrtabteilung in Beziehung treten mußten, ehemalige Militär- oder Polizeioffiziere Leiter der betreffenden Flughäfen geworden sind.

Diese ganze Art der Organisation hat wohl in erster Linie dazu beigetragen, daß der deutsche Luftverkehr, so vorbildlich er auch hinsichtlich der Maschinen dem ausländischen Luftverkehr gegenübersteht, zu dem teuersten Luftverkehr gehört. Schon bei den vorjährigen Etatsberatungen kam es aus Anlaß der Luftfahrtsubventionen zu einem ganz ungewöhnlich scharfen Zusammenstoß zwischen dem Berichterstatter für den Etat, dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quaatz und der Luftfahrtabteilung. Der Reichstag wird in diesem Jahr, in dem eine Erhöhung dieser Subventionen von 9½ Millionen verlangt wird, die doppelte Verpflichtung haben, diesen ganzen Fragenkomplex auf das gründlichste nachzuprüfen. Nachdem die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt nunmehr 4½ Millionen Reichsgelder empfangen und damit wohl ganz vom Reich unterhalten werden soll, wird sie ihren Etat und ihre Organisation darlegen müssen. Ebenso dürften die 40 Millionen, wenn überhaupt, nur unter der Bedingung bewilligt werden, daß dem Ausschuß für den Reichshaushalt vierteljährlich genaue Nachweisungen über die Art der Verwendung gegeben werden. Insbesondere bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs und der großen Belastung der Steuerzahler darf der Reichstag Steuergelder zu Subventionen nur bewilligen, nachdem er sich die Gewißheit verschafft hat, daß die Steuergelder in der sparsamsten und bestmöglichen Weise verwendet werden, den beabsichtigten Zweck zu erfüllen. Dieser Zweck besteht im vorliegenden Fall in der Schaffung eines sicheren, schnellen und möglich billigen Weltluftverkehrs für Personen und Frachten.

Die Lehren von Arensdorf.

Schmelzers haben plötzlich keine Freunde.

Alvensleben, der Junker mit dem vollendet ungermanischen Aeußern, hat, nach seiner Zeugenaussage, keinerlei Beziehungen zu den Schmelzers in Arensdorf unterhalten. Erst als sie Reichsbannerleute verprügelt und niedergeknallt hatten, nahm er sie unter junkerliche Fürsorge. Er „unterstützte" sie, wie er sagte, er beherbergte den Verteidiger Peter Block auf seinem Schloß und nahm in seinem Auto auch täglich den jetzt zu Zuchthaus verurteilten August Schmelzer mit. Solidaritätserklärung mit den Totschlägern auf der ganzen Linie!

Heute, nachdem der Urteilsspruch gefällt worden, schweigen die Freunde. Nur die „Deutsche Zeitung", die dem „Ehrenmitglied der deutschvölkischen Freiheitspartei" gesinnungsmäßig so nahe steht, widmet dem Arensdorfer Totschlagsprozeß einen Leitartikel, der kennzeichnenderweise in die Wendung ausklingt:

Uebrig bleibt nur, daß das gesamte Dorf in seiner vaterländischen Einstellung eine berechtigte Abneigung gegen das Reichsbanner hat. Als es im Dorfe zu einer Schlägerei mit Reichsbannerleuten kam, haben die Bauern zugepackt, und August Schmelzer hat in der Erregung die Notwehr überschritten. Das ist das Ergebnis dieses Prozesses, aus dem die Führer des Reichsbanners die Lehre ziehen sollten, daß sie ihre herausfordernden Fahrten auf das flache Land einstellen. . . .

Das ist das einzige, was als „Lehre" aus diesem Prozeß gezogen werden soll? Der Frankfurter Vorsitzende hat am Schluß seiner Urteilsbegründung der Hoffnung Ausdruck gegeben, der Prozeß möge zur Folge haben, daß die politische Haßatmosphäre gemildert werde. Wie man sieht, fällt die Anregung bei den Deutschnational-Völkischen bereits auf sehr fruchtbaren Boden: Wenn das Reichsbanner sich nicht mehr sehen läßt, kann man auch amtliche Reichsfahnen nach Belieben stehlen und der Friede ist hergestellt!

Da ist die „Tägliche Rundschau", die immer noch im Rufe steht, ein volksparteiliches Organ zu sein, schon etwas konsequenter: sie fordert das Verbot aller Verbände — —! Das sieht zwar sehr gescheit aus, ist aber das übliche hilflose Gerede greisenhaften Nationalliberalismus!

Sonst haben die Schmelzers keine Freunde mehr. Sie schlugen und schossen für Stahlhelm und Werwolf! Heute stehen sie allein — im Zuchthaus!

Noch eine Stahlhelmbluttat.

Sie soll ungesühnt bleiben!

Stettin, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Am 9. Mai wurde der Schachtmeister Ferdinand Ladwig aus Kallies in Pommern von dem Stahlhelmförster Dommke erschossen. Die Empörung über diese Tat war damals allgemein. Der Mörder wurde zunächst verhaftet, nach einigen Wochen aber wieder freigelassen, da er nach eilfertiger Meldung bürgerlicher Blätter in Notwehr gehandelt haben soll. Inzwischen hörte die Oeffentlichkeit nichts mehr von der ganzen Sache. **Wie jetzt bekannt wird, hat die Staatsanwaltschaft in Landsberg die Anklageerhebung abgelehnt und die Akten abgeschlossen, so daß also der nationalistische Schütze einer Bestrafung entgeht,** wenn nicht über Landsberg hinweg eine Sühnung der Bluttat erfolgt.

Ueber die Bluttat, die nach dem Willen der Staatsanwaltschaft ungesühnt bleiben soll, haben wir folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Ermordete ging am Montag, dem 9. Mai, gegen 1 Uhr nachmittags, mit drei Arbeitskollegen vom Bahnhof Neuwedell zu seiner Arbeitsstelle auf dem Gut Friedenau. Er ging mit einem Kollegen etwa 300 Meter vor den beiden anderen Arbeitern, von denen der eine sein Bruder war. Der Förster Dommke überholte auf dem Rad die letzte Gruppe, wobei der eine der Arbeiter sagte: „Der ist auch ein Stahlhelmmann von Berlin." Der Förster sah sich um, bog von der Chaussee ab, fuhr zu einem in der Nähe wohnenden Bauern und holte sich dort ein Gewehr. Als er einige Zeit später die vier Arbeiter, die im Chausseegraben ausruhen, überholte, blieb er auf der anderen Chausseeseite mit dem Gewehr in der Hand stehen und rief die Arbeiter an: „Zehn Schritte vom Leibe, zurück, wollt ihr zurück!" Die Arbeiter standen sofort auf, der eine sagte zu dem Förster: „Was wollen Sie von uns?" Der Erschossene sagte: „Mit welchem Recht kommen Sie mit dem Gewehr?" Sie gingen aus dem Chausseegraben heraus und blieben nebeneinander an der Baumreihe stehen. Der Förster rief nochmals: „Zurück!" Der Erschossene machte einen Schritt auf ihn zu. Sein Bruder hob die Hand hoch und sagte zu dem Förster: „Schießen Sie nicht, was wollen Sie von uns?" und hielt mit der anderen Hand seinen Bruder fest. **Im selben Augenblick schoß der Förster aus einer Entfernung von etwa neun Metern.** Der Getroffene brach zusammen. Als der Förster sah, was er angerichtet hatte, schrie er laut um Hilfe.

Der Erschossene war 41 Jahre alt, gehörte keiner Partei an und galt allgemein als ein ruhiger, anständiger und fleißiger Mann, der stets für seine Familie sorgte. Er hinterläßt eine kranke Ehefrau und zwei Kinder im Alter von neun und sieben Jahren. Der Täter ist der **Förster Dommke vom Gut Fürstenau bei Neuwedell, 24 Jahre alt,** unverheiratet und hat den Stahlhelmtag in Berlin mitgemacht.

Dieser Stahlhelmer hat die kritische Situation erst künstlich geschaffen, um dann schießen zu können. Ganz wie Schmelzer läuft er hin, um sein Gewehr zu holen und erst viel später pürscht er sich an das menschliche Wild heran, das er erlegen will!

Diese Stahlhelmbluttat soll ungesühnt bleiben? In aller Stille erledigt? Sollte es nicht notwendig sein, daß das Justizministerium sich die Akten geben läßt, um nachzuprüfen, ob wirklich Stahlhelmschützen überall freies Schußfeld haben?

Für Frieden und Paneuropa.

Kundgebung der paneuropäischen Union.

Die paneuropäische Union veranstaltete gestern im Saale des ehemaligen Herrenhauses eine große Kundgebung unter dem Vorsitz des demokratischen Parteiführers Dr. Koch-Weser.

Als erste Rednerin sprach Frau v. Kardorff-Oheimb: Wer den Frieden will, muß im eigenen Staat beginnen. Der Frieden muß um jeden Preis erhalten werden. **Den Ausbruch eines Krieges muß man mit allen Mitteln verhindern, auch mit den Mitteln der Kriegsdienstverweigerung.** Die Parteien seien Interessenvertretung, doch fehle ihnen der Blick für die höchsten Erfordernisse des Staates. Der Gedanke der Volksgemeinschaft müsse deshalb in den Vordergrund gestellt werden.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete **Lemmer** führte aus: Das neue Europa könne nicht auf der Grundlage des Materialismus, auf den Eisenträgern der europäischen Konzerne und Trusts gebaut werden. Der Aufbau des neuen Europa sei die Aufgabe von Geist, Ideen und Wille einer vorwärtsschreitenden Menschheit.

Zum Schluß sprach Graf **Coudenhove-Calerghi**: Die deutsche Außenpolitik der Verständigung habe zum raschen Aufschwung Europas beigetragen. Die paneuropäische Bewegung wolle nicht nur den Frieden in Europa, sondern auch Einigkeit und Zusammenschluß der Mächte. Locarno sei ein Versprechen, dessen Einlösung Paneuropa heiße.

Oudegeest Parteivorsitzender.

Nahezu einstimmig gewählt.

Utrecht, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Hollands hat fast einstimmig Genossen Oudegeest, den früheren Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, zum hauptamtlichen Parteivorsitzenden gewählt.

Direktionswechsel in der Volksbühne.

Am Sonnabend wurde mitgeteilt, daß Fritz Holl, der bisherige Direktor der beiden Volksbühnentheater, sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Fritz Holl wird noch bis zum Ablauf der Spielzeit, also bis in den Sommer hinein, auf seinem Posten bleiben. Eine Verbindung mit der Volksbühne soll auch dann noch durch gelegentliche Gastinszenierungen fortgeführt werden.

Man wird Fritz Holl bestätigen dürfen, daß er sich in den drei Jahren, die er an der Spitze der Volksbühnenhäuser stand, ehrlich bemüht hat, die Theater auf einer anständigen künstlerischen Höhe zu halten. Aber er bewährte sich nicht als überragende Persönlichkeit, es fehlte ihm manches einer wirklichen Führernatur. Seine Inszenierungen waren immer sauber, tüchtig, teilweise auch recht gelungen. Aber im allgemeinen entbehrte sie der charakteristischen Note, sie hatten zu wenig eigenes Gesicht, es ging von ihnen nichts Zwingendes aus.

Es ist nun die Frage aufgetaucht, wer Holl in der Führung der Volksbühnenhäuser ablösen soll. Auf unsere Anfrage wird uns von einem Mitglied der Volksbühnenleitung mitgeteilt, daß Endgültiges darüber noch nicht gesagt werden könne. Immerhin sei damit zu rechnen, daß provisorisch zunächst der langjährige Verwaltungsdirektor der Volksbühne, Heinrich Neft, die alleinige Leitung übernehmen würde. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwängen zur äußersten Vorsicht bei der Verpflichtung eines neuen künstlerischen Leiters, da dieser nicht nur die Garantie für wertvolle künstlerische Leistungen, sondern auch für eine sehr sparsame Betriebsführung bieten müsse. Die leitenden Organe des Vereins seien deshalb der Auffassung, daß hier nichts überstürzt werden dürfe.

Sollte zunächst Heinrich Neft allein an der Spitze der Vereinstheater bleiben, so würden sie jedenfalls einem Leiter unterstehen, der in Theaterkreisen als besonders klug und geschickter Fachmann gilt. Es würde dann bei der Volksbühne ähnlich sein wie etwa bei den Reinhardt-Bühnen, beim Saltenburg-Konzern usw., wo auch ein Verwaltungsdirektor die oberste Leitung hat, der dann seinerseits für die künstlerischen Aufgaben, die Inszenierungen usw. angesehene Regisseure verpflichtet.

Gleichzeitig mit der Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt Direktor Holls gingen noch verschiedene andere Mitteilungen über die Volksbühne durch die Presse: so von einer bevorstehenden Abstoßung des heute der Volksbühne unterstehenden Theaters am Schiffbauerdamm und von inneren Zwistigkeiten im künstlerischen Ausschuß des Vereins Volksbühne. Auf die hierüber eingezogenen Erkundigungen wurden uns vom Generalsekretariat der Volksbühne einige Ausführungen aus dem zurzeit im Druck befindlichen Heft der „Volksbühnenblätter" zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt. Wir geben sie im nachstehenden wieder:

Richtig ist, daß eine bestimmte Persönlichkeit der Volksbühne **das Angebot gemacht hat, unter gewissen Bedingungen in den heute** von der Volksbühne zu erfüllenden Pachtvertrag über das Theater am Schiffbauerdamm einzutreten. Da die Führung dieses Hauses den Verein zu erheblichen Zuschüssen zwingt, hat die Verwaltung den Vorstand beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen. Diese stehen aber noch in den allerersten Anfängen, und es ist ganz ungewiß, ob sie zu irgendeinem positiven Ergebnis führen werden. Für die laufende Spielzeit bleibt das Theater am Schiffbauerdamm unter allen Umständen Eigenbetrieb der Volksbühne.

Richtig ist, daß zwei Mitglieder des künstlerischen Ausschusses, die vom Vorstand berufen worden waren — Dr. A. Wolfenstein und Frl. Nora Zepler — ihren Austritt angezeigt haben. Dr. Wolfenstein hat den Rücktritt damit begründet, daß mehrere ihm nahestehende andere Mitglieder des bisherigen künstlerischen Ausschusses nicht wieder berufen, bzw. durch eine Auslosung ausgeschieden wären. Nun trifft es zu, daß aus der Notwendigkeit einer wesentlichen Verkleinerung des Ausschusses und der Berufung auch einiger neuer Mitglieder heraus vier oder fünf Personen, die mit ihren Auffassungen über das künstlerische Programm der Volksbühne Wolfenstein nahestehen, nach vorangegangenem Losentscheid aus dem künstlerischen Ausschusse ausscheiden mußten. Aber die gleiche Mitteilung erhielten auch neun, also doppelt soviele bisherige Mitglieder des künstlerischen Ausschusses, die nicht zu der Richtung Dr. Wolfensteins gehören. Es lag und liegt also gewiß keine Umbildung des künstlerischen Ausschusses mit dem Ziel einer einseitigen Zusammensetzung vor. Dies geht wohl auch klar aus der Tatsache hervor, daß Dr. Wolfenstein selbst als Haupt seiner Richtung vom Vorstand aus der Reihe derjenigen Ausschußmitglieder, über die das Los entscheiden sollte, herausgenommen wurde. Vollends spricht dafür, daß von den neu berufenen fünf Mitgliedern des künstlerischen Ausschusses (Stadtsyndikus Dr. Lange, Fritz R. Schulz, Dr. Wolfg. Goetz, Carl Zuckmayer, Fritz Gottfurcht) mindestens zwei der Richtung des Herrn Dr. Wolfenstein nahestehen.

Der Henker als Schauspieler. Die große „Sensation" in dem Grand Theatre zu Gravesend in England ist das Auftreten eines früheren Henkers, der auf der Bühne eine sehr realistische Hinrichtung durch den Strang vornimmt. Das Stück ist eine Darstellung des Lebens und der Abenteuer eines berüchtigten Einbrechers und Mörders Charles Peace, eines englischen „Schinderhannes", der am Schluß gehängt wird. Diese Handlung vollzieht mit größter Sachkenntnis und Schnelligkeit John Ellis, ein Barbier aus Rochdale, der bis zum Jahre 1924 der offizielle Henker der Stadt war. Ellis erscheint in seiner gewöhnlichen Kleidung auf der Bühne, einem schwarzen Anzug mit weißem Kragen und seinen Handschuhen, legt dem Darsteller des Helden, Thoms Morris, die Schlinge um den Hals, tritt dann einen Schritt zurück, zieht an dem Hebel, und der Schauspieler verschwindet in einer Versenkung. Ellis hatte bei seinem ersten Auftreten heftiges Lampenfieber. „Ich bin nervöser, als ich jemals bei einer wirklichen Hinrichtung war," erklärte er. „Aber wenn Morris sich über mich beklagt, dann wird er das einzige Opfer sein, der das je getan. Während meiner Amtszeit habe ich 203 Menschen gehängt, jeden für 10 Pfund, die Reise und andere Ausgaben einbegriffen. Ich bin etwa eine Minute auf der Bühne, längere Zeit, als irgendeine meiner Hinrichtungen beanspruchte. Neun Sekunden war die kürzeste Zeit, in der ich einen Verbrecher aus dem Leben beförderte, aber niemals hat es eine Minute gedauert."

Goethe legte die Leitung des Weimarer Theaters nieder, weil es auf den Hund gekommen war. Was hätte er erst zu diesem Henkertrick gesagt?

Wiener Burgtheater und Opernhaus als Stadttheater? Der Riesenbetrieb der beiden berühmten Wiener Bühnen Burg und Opernhaus mit ihrem Fundus von 36 Millionen Schilling, mit ihren 787 Angestellten und 459 Arbeitern und einem Zuschußbedarf pro 1926 von beinahe 5½ Millionen sind für die beschränkten österreichischen Finanzen je länger je mehr eine Last. Aber selbst die relativ hohe Staatshilfe genügt nicht mehr, Betrieb und Leistungen der beiden Institute stagnieren. Diese Situation ist während der Budgetdebatte im Gemeinderat am 13. Dezember eingehend besprochen worden, mit dem Resultat, daß Stadtrat Breitner im Namen der Gemeinde Wien verkündigte, wenn dem Bund die Last der Theater zu groß werde, so sei die Gemeinde bereit, für die zwei ehemaligen Hofbühnen großzügig zu sorgen. Noch mehr — Stadtrat Breitner deutete an, daß die Gemeinde Wien unter Umständen bereit wäre, die Bundestheater ganz zu übernehmen.

Die zahnärztliche Versorgung des deutschen Volkes. Nach einem Bericht von K. F. Hoffmann im Reichsgesundheitsblatt hat die zahnärztliche Versorgung bei uns erhebliche Fortschritte gemacht. Im Durchschnitt sind drei Zahnärzte auf je 20 000 Einwohner vorhanden. Nur in Orten bis zu 4000 Einwohnern gibt es vielfach noch keinen Zahnarzt. Besonders ist die Volksgesundheitspflege durch die Errichtung von Kassenzahnkliniken und die Einführung der Schulzahnpflege gefördert worden.

Kalender und Almanache. In unserer Sonntagsausgabe sind in der Beilage „Blick in die Bücherwelt" unter der Rubrik „Kalender und Almanache" die Preise für den Sozialdemokratischen Arbeitskalender, sowie für das Taschenbuch der Arbeit falsch angegeben. Der Vorwärts-Arbeitskalender kostet M. 2.—, das Jahrbuch Kinderland M. 1.50, das Taschenbuch der Arbeit M. 0.75.

Im Lessingmuseum wird Donnerstag 8 Uhr Lochings Singspiel „Der Weihnachtsabend" aus dem Jahre 1832 zum ersten Male in Berlin zu Gehör gebracht. Vorher gehen Weihnachtskantaten von Rodermann und Hiller für Solo-Quartett.

Beihilfe für die Potsdamer Volksbühne. Der Potsdamer Magistrat hat die Jahresbeihilfe für das Schauspielhaus, einer von der Volksbühne und dem Bühnenvolksbund gemeinsam geführten G. m. b. H., von 10 000 auf 20 000 M. jährlich erhöht. Der Bedarf für angeforderte Beträge muß nachgewiesen werden.

Björn Björnson, hat sich vom Nationaltheater in Oslo, dem er viele Jahre vorstand, in einer ihm zu Ehren angesetzten Vorstellung verabschiedet. Er wird nach München übersiedeln.

Der Vorsitzende des Norwegischen Schriftstellerverbandes, Arnulf Overland, ist mit tausend gegen zehn Stimmen abgesetzt worden. Die Absetzung erfolgte wegen seines Verhaltens in Moskau, wo er den Schriftstellerverband beim zehnten Jahrestage der Revolution vertreten hatte.

Das ethnographische Museum in Oslo, das der Papst einrichten ließ, ist jetzt dem Publikum geöffnet worden.

Der abgelehnte Panzerkreuzer.

Hugenberg möchte wettrüsten!

Die Presse der Rechten entrüstet sich über die Streichung der ersten Rate für ein neues Panzerschiff. Die Entrüstung der Rechten wendet sich gegen Preußen. „Die preußische Regierung müßte eigentlich andere Sorgen haben," meint giftig die „Tägliche Rundschau"; die „Kreuz-Zeitung" keift: „Das rote Preußen gegen die Reichswehr," und der Hugenbergsche „Tag" sekundiert: „Preußen hintertreibt den Linienschiffbau."

Die Herrschaften regen sich auf. Wenn der Reichsrat den ganzen Sozialetat gestrichen hätte, würden sie sich nicht aufregen. Es hat sie nicht interessiert, daß die Regierung die Mittel für Ferienverschickung von Kindern Schwerkriegsbeschädigter gestrichen hatte!

Was wollen die Leute von der Rechten? Wettrüsten! Man liest im Hugenbergschen „Tag":

„Aber, neben dem deutschen Danzig wuchert, in zäher Arbeit entwickelt, der polnische Kriegshafen Gdingen, die polnische Kriegsflotte. Und Ostpreußen, die Insel im feindlichen Meer, lebt nur von der Seestraße nach dem deutschen Mutterlande. Drüben in Kronstadt, geheimnisvoll wie alles unter dem Blutbanner mit Sichel und Hammer, ankern die modernen Panzer, die Schlachtkreuzer des roten Rußland, von denen niemand zu sagen weiß, gegen wen ihre Geschütze sich zuerst richten werden."

Wir sollen also aufrüsten gegen Polen und Rußland, damit Polen und Rußland weiter rüsten, weil wir rüsten! Dies Bekenntnis ist politisch interessant, aber außenpolitisch noch weniger klug als die Worte Geßlers von der Sicherung des Seeweges nach Ostpreußen!

Nord-Osteuropäische Konferenz.

Internationaler Sozialismus und polnisch-litauischer Konflikt

Im Sitzungssaal des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie begann am Sonntag vormittag unter dem Vorsitz des Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterinternationale Friedrich Adler eine Konferenz der sozialistischen Parteien Nordosteuropas. Als offizielle Delegierte ihrer Parteien waren anwesend: Kairys und Epsteinas (Litauen), Diamand und Niedzialkowski (Polen PPS.), Drohner und Kruk (Polen USP.), Dr. A. Braun, Breitscheid, Crispien, Hilferding und Wels (Deutschland), Gehl und Mau (Danzig), Klara Kalnin (Lettland), Dalin, Dan, Kefali und Abramowitsch (Rußland SD.), Gurevitsch und Tschernoff (Rußland SR.), Möller und Hanson (Schweden), Stauning (Dänemark). Weiter die Mitglieder der Exekutive der SAI.: Winter (Tschechoslowakei Tschechische SP.), Tseretelli (Georgien), Bezpalko ((Ukraine).

Die Konferenz befaßte sich mit den inneren Problemen der Beziehungen der einzelnen Parteien zueinander und nahm insbesondere ausführliche Berichte über die Entwicklung der Ereignisse in Litauen entgegen. Es fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich die meisten Teilnehmer der Konferenz beteiligten. Die Sitzung wurde sodann auf Montag früh vertagt.

•

In der weiteren Sitzung am Montag vormittag wurde die Aussprache zu Ende geführt, wobei die wesentlichen Punkte, die in dem auszuarbeitenden Bericht niedergelegt werden sollen, erörtert wurden.

Es wurde eine sechsköpfige Kommission eingesetzt, der neben dem Genossen Fr. Adler als Sekretär der SAI., je ein Genosse aus Litauen, Polen, Lettland, Danzig, Rußland und Deutschland angehören. Diese Kommission wird einen Entwurf ausarbeiten, der in einer Schlußsitzung am späten Nachmittag zur Beschlußfassung unterbreitet werden wird.

Der Sozialismus ist der Frieden.

Die außenpolitischen Forderungen Leon Blums.

Paris, 19. Dezember.

Der sozialistische Abg. Léon Blum fordert in einem Artikel über das außenpolitische Programm der Partei für die kommenden Wahlen in erster Linie die Herstellung normaler Beziehungen zu Deutschland und infolgedessen die Räumung des linken Rheinufers. Als Gegenleistung schlägt er die Organisierung einer internationalen, von Nichtmilitärs durchgeführten Kontrolle des Rheinlandes und der entmilitarisierten rechten Rheinlandszone vor und erklärt, diese Kontrolle müsse später auch auf die französische Grenzzone ausgedehnt werden. Eine Verkuppelung der Räumungsfrage mit den Verpflichtungen Deutschlands aus dem Dawes-Plan lehnt Léon Blum ab. Er verlangt ferner die sofortige Räumung des Saargebiets und sagt, Frankreich könne, ohne das Ergebnis der Entwaffnungskonferenz abzuwarten, seinen militärischen Apparat verringern. Frankreich habe nicht die Zustimmung oder die gegenseitige Verpflichtung anderer Mächte nötig, um aus seinem Heer ein ausschließlich defensives Werkzeug zu machen, das durch seine Organisation für jedes Eroberungs- oder Angriffsunternehmen unfähig gemacht werde.

Die Wahltaktik der französischen Genossen.

Paris, 19. Dezember.

Der Sozialistische Bezirksverband des Seine-Departements hat mit 2377 vertretenen Stimmen eine Entschließung Blum-Zyromski für eine Kapitalabgabe angenommen, während eine Entschließung, die hinsichtlich der Kapitalabgabe Vorbehalte mache, 1093 Stimmen erhielt. Ueber die Wahltaktik selbst lagen vier Entschließungen vor, die folgende Stimmenzahlen erhielten. Entschließung A (Léon Blum) Zurückziehung der eigenen Kandidaten im zweiten Wahlgang zugunsten des am günstigsten stehenden Linkskandidaten 1408 Stimmen (vier Delegierte für den Nationalkongreß der Partei); Entschließung B (bolschewisierende Richtung) 241 Stimmen (ein Delegierter); Entschließung C (Zyromski) Gegenüberstellung von Proletariat und Kapitalistenklasse 1156 Stimmen (vier Delegierte); Entschließung D, die das Gewerkschaftsprogramm in den Vordergrund rückt, 830 Stimmen (drei Delegierte).

Die Arbeitslosigkeit in Palästina. In der jüdischen Kolonie Petachtikveh kam es am Freitag zu Zusammenstößen zwischen 600 arbeitslosen Juden und der britischen Polizei. Fünfzehn Juden wurden verwundet und siebenzehn verhaftet. Die jüdischen Eigentümer von Orangenplantagen hatten für die Ernte arabische Arbeiter den jüdischen Arbeitslosen vorgezogen.

Ehrhardt und der Wiking.

Vernehmung im Polizeipräsidium. — Fortgang der Untersuchung.

Nach der Haussuchung im Berliner Bureau des Putschistenkapitäns Ehrhardt und nach dem Bekanntwerden der Polizeiaktion in Magdeburg gegen die Fortsetzung des verbotenen Bundes Wiking hat Ehrhardt sich durch seinen Rechtsanwalt noch am Sonnabend beim Berliner Polizeipräsidium melden lassen mit der Bitte, vernommen zu werden. Diese Vernehmung erfolgte im Laufe des gestrigen Sonntags durch die Kommissare Scherler und Maslak in Anwesenheit des Regierungsdirektors Wündisch; sie dauerte mehrere Stunden. Der Putschistenkapitän erklärte, daß in Preußen Wikinggruppen mit seinem Einverständnis oder seinem Wissen nicht mehr beständen, seitdem der Staatsgerichtshof das Verbot der preußischen Regierung endgültig bestätigt habe. Gegenüber dem in Magdeburg und an anderen Stellen vorgefundenen Material, das für die Wikingleute und für Ehrhardt belastend ist, wies Ehrhardt auf seine gegebenen Befehle sowie Rundschreiben hin und sagte, daß die Versuche einer Fortsetzung der Verbandstätigkeit lediglich selbständige Handlungen ehemaliger Wikinger sein könnten, für die er die Verantwortung ablehne. Er bestreitet, daß sein Berliner Bureau mit dem Wikingbund in Verbindung stehe. Dieses habe nur den Zweck gehabt, Arbeiten für den Stahlhelm zu leisten, solange Ehrhardt Mitglied des Bundesvorstandes war, und ferner habe es sich lediglich mit „nationalpolitischer" Aufklärungsarbeit im ganzen Reiche befaßt.

Ehrhardt wurde nach seiner Vernehmung wieder freigelassen; ebenso wurden die in Berlin verhafteten, in die Wikingaffäre verwickelten Persönlichkeiten auf freien Fuß gesetzt.

Aus dieser Tatsache kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, als ob damit das Ermittlungsverfahren erledigt sei. Dieses geht vielmehr weiter. Die Freisetzung der Verhafteten erfolgte lediglich auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, da nach der Beschlagnahme des Materials eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr besteht und die notwendigen Vernehmungen erfolgt sind. Das Material ist für die Beteiligten stark belastend. Die Vernehmungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. So werden auch die Erklärungen des Kapitäns Ehrhardt zu einem erheblichen Teil dadurch entwertet, daß dieser selbst in einem Briefe erklärt hat, man müsse im Stahlhelm, dem die Wikingleute beigetreten sind, im Geiste des Wiking weiter arbeiten.

Jedenfalls scheint schon jetzt festzustehen, daß die Magdeburger Ortsgruppe des Wiking weiter bestanden und sich sogar noch erweitert hat. Ihr Leiter Harald Wäninger stand mit Ehrhardt in engster Verbindung, ebenso aber auch mit Kapitänleutnant Killinger in Dresden und dem Redakteur des „Vormarsch", Schillinger. Von ihm führten auch Fäden zur Wikingbundesleitung in München und zu den nicht aufgelösten Ortsgruppen des Bundes in Nordhausen, Neuhaldensleben, Halle, Wilhelmshaven, Kiel und Berlin. In den meisten dieser Städte haben ebenfalls Haussuchungen stattgefunden, die insbesondere in Nordhausen wichtige Ergebnisse zeitigten.

Nach den bisherigen Ermittlungen wird genug Anlaß gegeben sein, ein Untersuchungsverfahren wegen Fortführung einer verbotenen Organisation nach § 19 des Republikschutzgesetzes einzuleiten.

Heute vormittag hat sich bei der Berliner Polizei der Verleger des „Vormarsch", Rolf Haegele, gemeldet, der von einer Reise nach dem Rheinland zurückgekehrt ist. Haegele, einer der Mitarbeiter Ehrhardts, wird voraussichtlich morgen vernommen werden.

•

Die neue Affäre, in deren Mittelpunkt Kapitän a. D. Ehrhardt, der „Consul" und „Chef", wie die Spitznamen für ihn in seinem Kreise lauten, steht, ist bezeichnend für den Charakter dieses ehemaligen Offiziers. Noch vor einigen Tagen hat er in seinem Prozeß mit dem Reichswehrfiskus vor Gericht behauptet, daß er zurückgezogen auf den von dem Vermögen seiner zweiten Frau gekauften Gütchen lebe und die Pension dringend zur Fristung seines Lebens brauche. Wie er so dastand mußte man ihm glauben, daß er im Grunde genommen ein armer Pensionär und weiter nichts sei. In der Oeffentlichkeit ließ er darüber hinaus ausstreuen, er sei jung verheiratet, man werde verstehen, wenn er das jetzt als seinen Beruf ansehe. Nun erfährt man, daß dieser Mann alles andere als zurückgezogen und einfach lebt! Er hält sich in Berlin ein Bureau mit Angestellten, er leistet sich einen Adjutanten!

Kapitän a. D. Ehrhardt, der pensionierte Putschist, benutzt also seine Pension dazu, um sein verderbliches Treiben fortzusetzen!

Um sich davon zu überzeugen, braucht man sich nur die jetzigen Vertrauten des Consuls genauer anzusehen. Da ist zunächst sein Adjutant, der im Zusammenhang mit dem neuesten Ehrhardtskandal festgenommene Hartmuth Plaß, der in der Zeitschrift des Ehrhardtkreises „Der Vormarsch" für Lenin schwärmt und es für nicht allzu bedauernswert hält, wenn während der Bolschewistenrevolution „ein bedeutender Teil der Intelligenz" abgeschlachtet wurde. Es ist derselbe Plaß, der in den Prozeß wegen der Ermordung Rathenaus verstrickt war. Er hat sich nach dieser Probe ebensowenig geändert, wie sich sein „Chef" geändert hat.

Ueberhaupt ist der Erhardt sehr eng liierte „Vormarsch" ein Sammelbecken für Leute, die in Zeiten der Ministermorde in aller Munde waren. Da ist weiter der wegen Beteiligung am Rathenaumord verurteilte und jetzt auch verhaftete Hans Gerd Techow. Er wurde vom „Vormarsch" nach Absitzung der Gefängnisstrafe mit offenen Armen aufgenommen und fungiert dort als Kritikus und — Revanchedichter. Versteht sich, daß der Consul ihn für würdig seines Vertrautenkreises erachtet.

Blättert man weiter in der Zeitschrift, so stößt man nicht nur auf eine Empfehlung für Ehrhardts „Schicksale und Abenteuer" (sehr bezeichnend der Titel für die sittliche Fundierung dieses „Polinkers", der sich wahrscheinlich beleidigt fühlen würde, wenn man ihn einen Abenteurer nennen würde), sondern auch auf einen werbenden Hinweis für M. v. Killinger „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben" („Ein echtes Landsknechtsbuch . . . mit sprühendem Humor"). Killinger? Wem ist nicht jener Kapitänleutnant bekannt, der die Erzbergermörder in München empfing und ihnen zur Flucht ins Ausland verhalf?

Es verlohnt sich, noch etwas beim „Vormarsch" zu verweilen. Zu den jetzt Vernommenen gehört neben dem „Vormarsch"-Angestellten Erich Schillinger ein Heinrich Scheuer. Er ist der verantwortliche Schriftleiter der Zeitschrift, die eine so lebhafte Werbetätigkeit für Landsknechtstum und Putschismus betreibt, und erklärt im Dezemberheft zum Austritt Ehrhardts aus dem Stahlhelm:

„Wenn wir auch nicht die Einzelheiten aus der Vorgeschichte des Bruches kennen, so vermuten wir doch wohl richtig, wenn wir annehmen, daß die Mehrheit des Bundesvorstandes nicht die Entschlußkraft aufbringen konnte, **den Stahlhelm zu einem entscheidenden Faktor politischer Machtergreifung zu machen, während der Kapitän nicht gewillt war, den Gedanken einer Revolutionierung nationaler Massen preiszugeben,** auch nicht zugunsten eines erhöhten persönlichen Einflusses auf die Führung des Stahlhelm.

Daß dem Kapitän nichts anderes übrig blieb, als sich vom Stahlhelm zu trennen, wird noch verständlicher, wenn man folgende Worte Düsterbergs, des 2. Bundesführers liest, die er bei der letzten Bundesvorstandssitzung aussprach: „Es besteht in einigen Gauen (des Stahlhelms) die Gefahr, daß der Gedanke einer nationalen Revolution um sich greift." Das war am 27. November. Am gleichen Tage schied Kapitän Ehrhardt aus.

Die Worte Düsterbergs zeigen die tiefe Kluft auf, die zwischen seiner Auffassung und der des Nationalismus besteht. Den Gedanken der nationalen Revolution fürchten, heißt, sich zur Bourgeoisie bekennen, heißt, die deutschen Arbeiter und Bauern ihres Rechtes auf Gestaltung ihrer Zukunft berauben wollen! **Den revolutionären Nationalismus ablehnen, bedeutet aber ein Zurückweichen vor der Härte jenes Kampfes, der nicht nur mit Worten geführt wird.** . . . .

Die nationale Bewegung hat nur zwei Möglichkeiten: entweder ihre Massen landen bei einem zufriedenen Bürger-Patriotismus und überlassen die politische Macht dem Gegner, oder aber sie unterwirft sich einer nationalistischen Minderheit, welche sowohl **den Mut zur Führung wie zur letzten Konsequenz hat . . . Die rücksichtslose Wehrhaftmachung der Jungmannschaft werde ergänzt durch die Mobilmachung der Geister!"**

Revolution! Das ist es, worauf nach diesem Geständnis eines Eingeweihten der arme Pensionär und neugebackene Ehemann Ehrhardt mit seinem Kreise hinauswill. Mit der Revolution und nun gar der „nationalen" Revolution Ehrhardt-Ludendorffscher Prägung (man kennt sie ja jetzt zur Genüge aus den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtages) hat es gute Wege. Aber der Staat ist nicht dazu da, um sich von Abenteuer-Liebhabern auf der Nase herumtanzen zu lassen. Nach dem Republikschutzgesetz werden Personen, die verbotene Bünde oder Organisationen weiterführen, mit hohen Geld- oder Gefängnisstrafen bedroht. Die Gerichte werden danach zu handeln haben. Jene Stellen aber, die durch ihre unbegreifliche Milde zur Fundierung der neuen OC. beigetragen haben, werden vielleicht bald Gelegenheit finden, sich zu korrigieren.

Rußland protestiert in Schanghai.

Gegen die Sperrung seiner Konsulate.

Schanghai, 19. Dezember.

Der Generalkonsul der Sowjetunion hat im Außenministerium die Note Tschitscherins überreicht, die gegen die Schließung der Sowjetkonsulate innerhalb des südchinesischen Gebietes protestiert.

Das Gemetzel in Kanton.

Hongkong, 19. Dezember.

Aus Kanton wird von vertrauenswürdiger Seite gemeldet, daß Vizekonsul Hassis sich unter den am 14. Dezember Hingerichteten fünf Russen befindet. Ein Lichtbild zeigt Hassis nach der Hinrichtung mit auf dem Rücken festgebundenen Händen, ohne Schuhe und ohne Socken, auf dem Boden ausgestreckt. Der russische Generalkonsul und sein Personal befinden sich noch im Gefängnis. Ueber 1000 Häuser wurden zerstört und in Brand gesetzt, 3000 Menschen sind getötet oder verletzt. 700 Personen wurden beerdigt. Reiche Chinesen bringen ihre Wertgegenstände in das Ausländerviertel Schamien. Der britische Generalkonsul riet den in der Nähe von Kanton wohnenden Engländern, in Schamien Schutz zu suchen, bis wieder Ruhe eingekehrt sei.

Das Werk der Hochschulstrolche.

Ein Bericht aus Großwardein und Klausenburg.

Bukarest, 19. Dezember. (TU.)

Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union, der mehrere Tage an den Orten der letzten Unruhen weilte, konnte feststellen, daß insbesondere in Großwardein die Verwüstungen großen Umfang haben. In Großwardein und Klausenburg sind tatsächlich zwanzig Synagogen vollständig zerstört und zahlreiche Geschäfte verwüstet worden. Großwardein macht den Eindruck, als ob dort feindliche Truppen gehaust hätten. Firmenschilder und Schaufenster sind zertrümmert. Viele Geschäfte sind noch immer nicht geöffnet. Die Regierung hat in beiden Städten die Präfekten abgesetzt und Militärkommandanten ernannt. Tag und Nacht patrouillieren Truppen durch die Straßen. Der jüdischen Gemeinde in Klausenburg sind von der Regierung bisher 1½ Millionen Lei für den Wiederaufbau der Synagogen zur Verfügung gestellt worden.

Ministerpräsident Bratianu hat der Klausenburger Zeitung „Nazione" seine Mißbilligung wegen Veröffentlichung eines Artikels aussprechen lassen, in dem die Juden beschuldigt wurden, daß sie einen Ritualmord hätten begehen wollen.

Polnisch-litauischer Grenzverkehr.

Die Genfer Entschließung wird befolgt.

Der Genfer Beschluß hat bereits in der Wiederaufnahme des litauisch-polnischen Grenzverkehrs seine Auswirkung gefunden. Die Wojewodschaft Wilna erteilt täglich Grenzpassierscheine in unbegrenzter Zahl. Ebenso verfahren die litauischen Behörden. Der Verkehr ist sehr lebhaft.

Es geht auch ohne „Exzellenz"!

Nachdem kürzlich die Deutschnationalen mit einer Beschwerde darüber, daß die Preußenregierung einem Exadmiral die Anrede Exzellenz verweigert hat, ziemlich böse abgefahren sind, hat jetzt das Reichswehrministerium auch für Generale die Anrede „Exzellenz abgeschafft. Diese werden fortan einfach mit Herr General angeredet.

Die Deutschnationalen planen daraufhin, wie wir hören, eine Interpellation. Sie gegen eine solche Gefährdung des Gefechtswerts der Reichswehr stürmischen Protest erhebt . . .

Eine starke Organisation.

[Gl]änzendes Ergebnis bei den Berliner Buchdruckern.

Die stark besuchte Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Freitag im Gewerkschaftshaus ehrte zunächst den zweiten Gauvorsitzenden, Genossen Albrecht, der seit 25 Jahren dem Gauvorstand angehört und stets unermüdlich für die Organisation tätig ist.

Dann berichtete Genosse Braun über das abgelaufene Geschäftsjahr. Dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Wenn 1926 das Jahr der Krise war, so ist 1927 ein Jahr zähen Kampfes um die Erhaltung der Tarifpositionen gewesen, aber auch ein Jahr des Aufbaues und der Erfolge. Sehr oft mußte der Gauvorstand in Lohnstreitigkeiten eingreifen, die wegen der Ablehnung eines allgemeinen, der Teuerung entsprechenden Lohnausgleichs durch die Unternehmer entstanden. In den meisten Fällen konnte ein für die Beschäftigten günstiger Abschluß erzielt werden. Es war ferner eine rege Versammlungstätigkeit zu verzeichnen. Der Bildungsverband hat in Gemeinschaft mit den Sparten gute Arbeit geleistet.

Am 15. Dezember zählte der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer 14308 Mitglieder, außerdem sind in der Lehrlingsabteilung über 2000 Lehrlinge organisiert. Die Konjunktur hat sich in letzter Zeit gebessert, so daß die Zahl der Erwerbslosen auf 300 zurückgegangen ist.

Die Berliner Handwerkskammer zählte immer zu den rückschrittlichsten. Am Montag findet nun endlich die erste Beratung des Entwurfs einer Lehrlingsordnung für Berlin statt.

Im Auftrage des Gauvorstandes setzte sich Braun sehr eingehend mit den besonders in der letzten Zeit von den Kommunisten in Wort und Schrift gegen die Verbandsinstanzen erhobenen haltlosen Verdächtigungen und Beschimpfungen auseinander. Die Versammlung bewies durch fast einmütige Zustimmung, daß diese Abrechnung mit der sogenannten „Opposition“, die nur einen geringen Bruchteil der Berliner Buchdrucker hinter sich hat, im Interesse des Verbandes notwendig war.

Ein Antrag, der dem Gauvorstand für seine Tätigkeit das volle Vertrauen ausspricht, wurde gegen ganze 11 kommunistische Stimmen angenommen. Nach längerer Aussprache wurde der Gauvorstand fast einstimmig wiedergewählt, ebenso die einzelnen Kommissionen.

Der Beitrag wird um 10 Pf. pro Woche ermäßigt.

Weihnachtsunterstützung wird auf einstimmigen Beschluß der Versammlung gezahlt: An Arbeitslose (bei mindestens vierwöchiger Arbeitslosigkeit) 15 M., desgleichen für Invalide und Durchreisende 15 M. Kranke erhalten nach mindestens 40 Wochen Krankheit 10 M. Schließlich gab die Versammlung noch die Zustimmung dazu, daß dem Bildungsverband aus der Gaukasse Mittel für die Bildungsbestrebungen überwiesen werden. Dem Buchdruckergesangverein „Typographia“ wurden einmalig 1000 M. bewilligt.

Wie der VBMJ. die Leistungen anerkennt.

Und wie er tarifliche Zulagen wegzaubert.

Die Werkmeister der Berliner Metallindustrie beschäftigten sich in einer Versammlung am Freitag abend im „Berliner Klubhaus“ mit den Auswirkungen des letzten Gehaltsschiedsspruches für die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Wie Genosse Rothe vom Werkmeisterverband mitteilte, hat dieser Schiedsspruch für das Gros der Werkmeister gar keine oder nur geringe Gehaltserhöhungen gebracht. In der letzten Funktionärkonferenz sowohl wie durch Umfrage in den Betrieben ist festgestellt worden, daß bei rund 90 Proz. der Werkmeister die bisher gezahlten Leistungszuschläge auf die zehnprozentige Zulage vollangerechnet worden sind. So hat man z. B. im AEG.-Kabelwerk bei der Gehaltszahlung Ultimo Oktober den Werkmeistern Beträge von 30 Pf. bis 1 Mark einbehalten mit dem Hinweis, daß die endgültige Gehaltszahlung am 9. November erfolge. An diesem Tage erhielten nun die Werkmeister nicht die erwartete Zulage, sondern diese einbehaltenen Beträge abzüglich der Steuern nachgezahlt. Die Firma Lorenz, die bisher noch verhältnismäßig tolerant war, hat bei ihren Werkmeistern sämtliche Leistungszuschläge abgebaut und zahlt ihnen jetzt nur noch das nackte Tarifgehalt.

Die Anrechnung der Leistungszulagen bei Gehaltserhöhungen ist allerdings laut Tarif zulässig. Der VBMJ. hat jedoch bei Verhandlungen über die Beseitigung dieses Paragraphen stets betont, daß er gegen die Beseitigung dieser Bestimmung nur im Interesse der finanziell nicht so leistungsfähigen mittleren und kleineren Betriebe sei. Gerade die letzte Gehaltsregelung hat aber gezeigt, daß fast alle Werkmeister in den Klein- und Mittelbetrieben die zehnprozentige Zulage neben den Leistungszuschlägen erhalten haben, aber nicht das Gros der Werkmeister, das in den Großbetrieben beschäftigt ist.

Diese „Gehaltszulage“ hat bestimmt nicht dazu beigetragen, die Freude der Werkmeister an der Arbeit und am Beruf zu heben. Jedenfalls ist die Behandlung der für den Produktionsprozeß so wichtigen Werkmeister ein schlechter Dank für ihre aufopfernde Mitarbeit an der technischen Umstellung der Betriebe. Der Werkmeisterverband wird, möglichst noch in diesem Monat, versuchen, durch Verhandlungen mit dem VBMJ. eine Abstellung dieser Mißstände herbeizuführen. Ungeachtet dessen müssen aber auch die Werkmeister in den Betrieben selbst versuchen, ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen. Sie können wieder bedeutend selbstbewußter als vor einem Jahr auftreten, da die Zeit des Abbaues vorbei ist. Genosse Rothe schloß seine Ausführungen, die die vollste Zustimmung der Versammelten fanden, mit einem Appell an die Werkmeister, die Bemühungen der Organisation durch größte Rührigkeit in den Betrieben zu unterstützen.

Der Mann mit dem großen Rosenstrauß.

In Nummer 593 des „Vorwärts“ vom vorigen Freitag schilderten wir den „Kommunistenstreich“ gegen den Textilarbeiterverband, der in Gestalt eines wilden Streiks mit der unorganisierten Arbeiterschaft von Gebauer in Berlin geführt wurde. Den Kommunisten hat unsere Kennzeichnung ihres unverantwortlichen Treibens natürlich nicht recht behagt, weshalb sie in der „Roten Fahne“ auf den „Vorwärts“ schimpfen. Daß sie damit ihre faule Sache verbessern, glauben sie selber nicht. Aber sie haben aus Rußland 2000 Mark Streikgelder bekommen und wollen jetzt die 32 Gemaßregelten als Opfer ihres Streikerfolgs so lange mit wöchentlich 20 Mark unterstützen, bis sie Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Während die KPD.-Leute bei jedem legalen Streik der Gewerkschaften fordern, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen werden darf, bis auch der letzte Gemaßregelte wieder eingestellt ist, haben sie hier zum Abschluß ihres wilden Streiks den „Abschied der Belegschaft von den gemaßregelten Kollegen“ gefeiert.

Man muß das Theater nach der Schilderung der „Roten Fahne“ genießen: „Unserem Kollegen Saeftow wurde unter stürmischem Beifall der ganzen Versammlung ein großer Rosenstrauß mit roter Schleife überreicht mit der Inschrift: Unserem Kollegen Saeftow für gute Führung unseres Kampfes ein kräftiges „Rot Front . . .“ „Die reformistischen Freunde des „Vorwärts“, die Streikabwürgungsstrategen, bekommen gewiß nie am Abschluß eines Kampfes einen Blumenstrauß . . .“

Sehr richtig! Sie überlassen die Blumensträuße den Rosenkavalieren, die ihren wilden Streik mit 32 Gemaßregelten abwürgen und dann noch mit „Erfolgen“ prahlen. Ist das: „Rot Front!“?

Die Reichsarbeiter zur Lohnregelung.

Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Reichs- und Staatsarbeiter einschließlich Post und Telegraphie nahmen am Freitag in einer gut besuchten Versammlung in den Residenz-Festsälen Stellung zu dem Abschluß der Lohnbewegung für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen.

Schmidt vom Bundesvorstand ging als Referent ausführlich auf den Verlauf der Bewegung ein und schilderte die Schwierigkeiten die sich herausgestellt haben. Bereits am 31. August wurden alle im Tarifvertrag aufgeführten Orte gekündigt und das Reichsfinanzministerium ersucht, mit den Organisationen in Verhandlungen über eine Neuregelung der Löhne einzutreten. Auch für die Arbeiter der übrigen Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn, waren den zuständigen Stellen Eingaben zwecks Erhöhung der Löhne zugeleitet worden. Die ersten Verhandlungen am 29. September im Reichsfinanzministerium verliefen ohne jeglichen Erfolg, und erst eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister am 25. Oktober ermöglichte weitere Verhandlungen.

Das von den Organisationen vorgebrachte Material war derart durchschlagend, daß der Minister die Notwendigkeit einer Revision der Löhne nicht bestreiten konnte; er lehnte jedoch ebenfalls eine allgemeine Lohnerhöhung ab. In den weiteren Verhandlungen im November war ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erreichen. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Reichstagsfraktionen hatten Interpellationen im Reichstag eingebracht, um bei der Beratung der Besoldungsvorlage für die Beamten die Sache der Reichsarbeiter zur Sprache zu bringen. Diese Aktion wurde jedoch erheblich abgeschwächt, da es am 9. Dezember im Reichsfinanzministerium zu einem Abschluß kam, der uns in keiner Weise befriedigte. Für Berlin beträgt die Erhöhung 3 Pf. rückwirkend ab 16. Oktober. Bei der Deutschen Reichspost und Eisenbahn ist es noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen, doch hofft man bestimmt auch bei der Post Anfang nächster Woche zu Ende zu kommen, so daß auch diesen Arbeitern noch vor dem Fest die Nachzahlung gegeben werden kann.

In der Diskussion kam der Unwille der Arbeiter über das völlig ungenügende Ergebnis deutlich zum Ausdruck. Alle Redner erkannten unumwunden an, daß nur der feste Zusammenschluß in einer Einheitsorganisation durchgreifende Aenderungen in der Entlohnung bringen könne und der bisherige Zustand durch den Willen der Mitglieder unter allen Umständen eine Aenderung erfahren müsse. Eine darauf bezugnehmende Entschließung fand einstimmige Annahme.

Lohnerhöhung für die Hamburger Gemeindearbeiter

Hamburg, 19. Dezember.

Durch gütliche Vereinbarung zwischen dem Bezirksarbeitgeberverband Niederelbe und dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter, Gau Hamburg, wurden mit Wirkung vom 20. November 1927 die Löhne für alle männlichen und weiblichen Staatsarbeiter und Gemeindarbeiter über achtzehn Jahren um 3 Pf. und unter achtzehn Jahren um 2 Pf. für die Stunde erhöht. Für die Handwerker treten im Bezirk Hamburg dieselben Lohnerhöhungen ein. Das laufende Lohnabkommen wird bis zum 31. März 1928 verlängert.

Für Lübeck werden die Verhandlungen erst am 19. 12. ihren Abschluß finden. In Hamburg sowohl als auch in Lübeck werden die Auszahlungen der sich aus den Vereinbarungen ergebenden Erhöhungen noch vor Weihnachten erfolgen.

Die Gewerkschaftspresse in Amerika.

(IGB.) In den Vereinigten Staaten gibt es zurzeit zirka 300 Gewerkschaftsblätter, von denen die Hälfte Monatsblätter und die andere Hälfte wöchentlich erscheinende Organe sind. In einer kürzlich abgehaltenen Arbeiterpressekonferenz vertraten die anwesenden Redakteure von Arbeiterblättern eine Gesamtauflage von 3000000 Blättern. Verschiedene Blätter haben Auflagen von über 100 000 Exemplaren.

Die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung im Buchbinderverband erfolgt am 21., 22. und 23. Dezember. Nach dem 24. Dezember wird keine Weihnachtsunterstützung mehr ausgezahlt. Bezugsberechtigt ist, wer spätestens am 17. Dezember im Arbeitsnachweis eingeschrieben ist. Es erhalten männliche Mitglieder 5—20 M., weibliche Mitglieder 3—15 M., je nach Beitragsleistung. Invaliden erhalten als Weihnachtsunterstützung 10 M. Nichtbezugsberechtigte Invaliden erhalten den Satz nach ihren geleisteten Beiträgen. Wer gearbeitet und keine Kampffondsmarken geklebt hat, erhält keine Weihnachtsunterstützung.

Im Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, erfolgt die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung an arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder (siehe Mitteilungsblatt Nr 10) am 20., 21. und 22. Dezember in den Stunden von 9 bis 2 Uhr im Kassenbureau der Ortsverwaltung. Arbeitslosenkontrollkarte resp. Krankenschein und Verbandsbuch sind vorzulegen. Beitragsreste schließen den Bezug dieser Unterstützung aus. Wir bitten, diese Tage unbedingt einzuhalten, da späteren Reklamationen auf keinen Fall Rechnung getragen werden kann. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. [illegible]; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Hinkemann**
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Schieber des Ruhms**

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 U. Ende 11 U.
Dorothea Angermann v. Gerh. Hauptmann Rg: Max Reinhardt

Kammerspiele Norden 10334—37 8¼ Uhr Ende nach 10 Uhr. **Bronx-Expreß**

Die Komödie Bismarck 2414-7516 8¼ U., Ende 10¾ U. Zum 25. Male **Die Ehe von Welt**

8¼ **Komische Oper** 8¼
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
Nach d. gleichn. Paris. Revue Tout nu. 300 Mitwirkende
Original-Pariser Kostüme
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffn.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37
Neu! **Klein-Kleckersdorf!** Neu
Ausschneiden: Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich U. u. Sonntagnachm. 3 U.
Elite-Sänger
Das gr. Weihnachtsprogr.
Beide Feiertage nachm. 3 Uhr (15)
Große Familien-Vorstellung
(ungekürzt) Volkspreise 50 Pf., 1.-, 1.25, 1.50, 1.90, 2.20. 8 Tage Vorverk.

Reichshallen-Theater
8 Uhr. Sonntg. nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
Lebende Weihn.-Lieder
nachm. halbe Preise.
volles Programm.
Schönholz-Brettl:
Varieté, Tanz, Carl Brauns Ernst Walter

Lustspielhaus 8¼ Uhr **„Zaza“**
Mittwoch, 7½ Uhr Premiere Guido Thielscher **„Unter Geschäftsaufsicht“**

Residenz-Theater 8¼ Uhr
Der Sensationserfolg:
Schön sehn wir aus
30 lustige Bilder mit Henry Bender

Lessing-Theater … Künstler-Th… Mittwoch … Freitag, 7 Uhr Premiere **„Evelyne“**
Lessing-Theater 8 Uhr **Schinderhannes**

Piscatorbühne
heut. a. Nollendorfplatz Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende nach 11
Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoi und Schtschegolew Insc. Erwin Piscator

Rose-Theater 8¼ Uhr **Orpheus i. d. Unterwelt**

Trianon-Th. Tägl. 8¼ Uhr Gastspiel **Erika Glässner** in **Gretchen** Für Jugendliche nicht geeignet

Thalia-Theater Täglich 8 Uhr **Der rote Hahn**

Möbel
Sonder-Angebot
Kein Lockruf!
Bis zum 24. d. Mts. gebe ich Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchenmöbel sowie Einzelmöbel zu konkurrenzlos niedrigen Preisen ab. Langjährige Garantie.
Sollte der Weg zu meinen Verkaufsräumen auch weit sein, so ist derselbe doch sehr lohnend, was Sie mir bestätigen werden, wenn Sie sich von meinen Qualitätsmöbeln zu den niedrigen Preisen überführt haben.
Möbel-Fabrik Palm
Skalitzer Straße 30-31, nahe Oranienstraße
Fahrverbindung: Straßenbahn 44, 49, 55, 92, 93. Hochbahn-Bahnhof Oranienstr. (Görlitzer Bhf.)

Schweizer Musikhaus
Enorm billiger
Weihnachtsverkauf
Musikplatten 15 cm Durchm. 50 Pf. 18 cm Durchm. 95 Pf. 25 cm Durchm. 2.- u. 2.50 M
sowie die Grammophon Raum…-Aufnahmen der Polyfar-Serie, Brunswick Tanzplatten und die herrlichen Homokord Elektro-Raumaufnahmen entsprechen dem heutigen Zeitgeschmack.
Musikapparate: Mk. 15.—, 19.50, 32.—, 40.—, 49.—, 55.—, 59.—, 68.—, 85.—, 95.—, 110.—, 135.— usw.
Musikschränke: Mk. 89.—, 115.—, 150.—, 175.—, 250.— usw.
Ferner alle übrigen Musikwaren in üblicher großer Auswahl. Werge, sämtliche Ersatzteile für Sprechmaschinen und alle anderen Instrumente. Haben wie stadtbekannt und ein großes Notensortiment, so etwas man Spezialhaus nennt.
Verkaufsstellen:
Badstr. 57, Brunnenstr. 25, Friedrichstr. 156, Grünauer Straße 5, Reinickendorfer Straße 117, Schönhauser Allee 130, Turmstr. 79, Warschauer Straße 63, Weißensee, Berliner Allee 21. Zentrale und Werkstätten: Michaelkirchstr. 19 (Fabrikgeb.)

QUALITÄTSBIERE ENGELHARDT
Der Kenner trinkt das vorzüglich nach **Pilsner Art** gebraute **Engelhardt-Spezial Hell**
Auch in Flaschen überall erhältlich

Kenner kaufen
Schokoladen
Pralinen
Tee
Kakao
Kaffee
Honigkuchen
sowie alle Weihnachtsartikel am preiswertesten und billigsten bei
Schokoladen-Bunde
Adalbertstr. 1 am Kottbusser Tor
Prinzenstr. 55, Ecke Dresdener Str.

L. JUERGENS
ALEXANDER PLATZ
Das Haus der Hellfarbe(?)

Beleuchtungskörper
Auch bis zu 18 Monats-Raten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Erfolg haben **Inserate** im **Vorwärts**

Verkäufe

Teppiche mit Farbfehlern. 2×3, 34.—, Farbfehler, 2½×3½, 30.—, Farbfehler, 2½×3½, 48.—, Farbfehler, 3×4, 58.—, Farbfehler, 3×4, 68.—, Farbfehler, 3×4, 55.—. Körner, Potsdamerstraße Nr. 28a.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 8, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen. Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 3, Schönhauser Tor.

Möbel-Wiesenfeld. Günstige Kaufgelegenheit bis Weihnachten. Sämtliche Möbel in jeder Preislage. Billige Preise. Bequemste Zahlweise. Ohne Aufschlag nur Große Frankfurterstr. 32.

Chaiselongues, Metallbetten 8.75, Auflegematratzen, Patentmatratzen 3.75, Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Musikinstrumente

Einspianos, überaus preiswert. Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 35.

30.— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenname, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Rosenthalerplatz 7 (Piano-Adam).

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder. Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 20 (nahe Adalbertstraße).

Pistolen, Armeeformate, Jagdgewehre kauft Preußner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 244.

Geldverkehr

Beleihung aller Werte, auch Nähmaschinen. Pfänderverkauf. Pfandleihe Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus.

U-Boot-Katastrophe in Amerika

Mit 43 Mann untergegangen. — Einige sollen noch am Leben sein. — Die Rettungsaktion.

In der Nähe der Küste von Massachusetts stieß das Unterseeboot S 4 mit einem Küstenschiff zusammen. Das Unterseeboot, das 43 Mann Besatzung an Bord hatte, sank sofort.

Provincetown (Massachusetts), 18. Dezember.

Ein zur Untersuchung des gesunkenen Unterseebootes S 4 heruntergelassener Taucher, der das Wrack genau untersucht hat, erzählt, das in das Unterseeboot gestoßene Loch sei größer als das in dem vor zwei Jahren von der „City of Rome" gerammten Unterseeboot S 51. Das Leck befinde sich mittschiffs an der Steuerbordseite, unterhalb des Kommandoturms. Nach seiner Ansicht könnten sich noch lebende Personen im hinteren Teil des Schiffes befinden. Er habe durch Hammerschläge auf den Schiffsrumpf Zeichen gegeben, woraufhin er im Innern des Unterseebootes Klopfen gehört zu haben glaube. Eine sofortige Bestätigung dieser Darstellung des Tauchers war nicht möglich.

Washington, 19. Dezember.

Das Marinedepartement wurde benachrichtigt, daß Taucher feststellten, daß sich in dem Torpedoraum des Unterseebootes S 4 **sechs Mann am Leben befinden. In das Unterseeboot wurde Luft gepumpt und zwischen den Tauchern und den Leuten im Torpedoraum durch Klopfzeichen eine Verständigung herbeigeführt.**

New York, 19. Dezember.

Ueber den Zusammenstoß zwischen dem früheren Zerstörer „Paulding" und dem amerikanischen Unterseeboot S 4 werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt. Das Küstenschiff „Paulding", ein früherer Zerstörer, fuhr nach dem Hafen Provincetown, als der Kapitän plötzlich erkannte, daß er auf das Unterseeboot S 4 zufahre, das kurz vorher untergetaucht war und sich wenige Meter unter der Oberfläche befand. Der Kapitän konnte nicht mehr ausbiegen. Bei dem Zusammenstoß wurde das Schiff „Paulding" sehr stark erschüttert und erhielt ein großes Leck unterhalb des Rumpfes, so daß große Wassermengen in das Schiff eindrangen. Es konnte nur noch ein Notsignal und einen Funkspruch nach Washington abgeben und mußte dann mit Volldampf dem Hafen zufahren, den es noch im letzten Augenblick erreichte, wo es sofort ausgepumpt wurde. Die zu der Unglücksstelle herbeieilenden Schiffe erkannten an einem großen Oelfleck, wo das Unterseeboot gesunken war. Das Wasser ist dort 150 Fuß tief, so daß angenommen wird, daß das Unterseeboot 150 Fuß tief gesunken ist.

Oerthel-Egloffstein wieder vor Gericht.

Er spekuliert auf die noble Verwandtschaft.

In den letzten Jahren ist der bekannte und vielseitig begabte Hochstapler Ludwig Oerthel, alias Freiherr v. Egloffstein, in Moabit Stammgast geworden. Immer wieder beschäftigt er die Gerichte, und steht er einmal zufällig nicht vor den Vertretern der Justiz, dann beschäftigt er eben die Oeffentlichkeit durch einen kühnen Ausbruch aus der Strafanstalt oder einen frechen Streich, den er draußen ausführte.

Heute beginnt vor dem Großen Schöffengericht in Moabit unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rückert ein neuer Prozeß gegen Oerthel. Diesmal handelt es sich freilich, von einigen kleinen beiläufig und gewohnheitsmäßig verübten Betrügereien abgesehen, nur um Aktendiebstähle, die Oerthel im Kriminalgericht ausführte. Für die Akten suchte er denn „Interessenten", denen an der Beseitigung ihrer Strafakten gelegen war, was man manchmal wohl nachfühlen kann. Dabei ist Oerthel in einem Falle auch als falscher Kriminalbeamter und nachher als Rechtsanwalt aufgetreten. Es drehte sich dabei um die Einsichtnahme in die Akten der Freundin eines Bekannten von Oerthel, die in Fürsorgeerziehung übergeben werden sollte. Als vorgeblicher Kriminalbeamter, der sich auf einer Reise nach Magdeburg befand, erschwindelte er sich bei einem Berliner Rechtsanwalt Vollmacht, diese Akten beim Amtsgericht einzusehen. Unter der Adresse „Rechtsanwalt Dr. Oerthel" ließ er sich dann die Akten nach Berlin schicken. Als diese dann aber nicht an seine Adresse, sondern an das Amtsgericht Schöneberg gingen, erschien er auch dort als Rechtsanwalt, und bei der Aktendurchsicht gelang es ihm, wichtige Blätter an sich zu nehmen.

Wiederholt hat sich der Angeklagte bei seinen morgen zur Verhandlung stehenden Straftaten wieder des Namens „Freiherr v. Egloffstein bedient, und er ließ sich unter diesem Namen auch in das Gefangenenregister eintragen. Deshalb ist er auch wegen falscher Namensführung und intellektueller Urkundenfälschung angeklagt. Daß Oerthel so sehr an seinem Freiherrntitel hängt, hat neben dem Umstand, daß auch heute noch ein schöner Name auf die ewig Dummen eine starke Anziehungskraft ausübt, einen besonderen Grund. Er führt einen hartnäckigen Kampf um den Namen Freiherr v. Egloffstein, den sein Vater vor seiner Geburt abgelegt hatte. Vor zwei Jahren war bei dem großen Hochstaplerprozeß diese Angelegenheit durch das zuständige Gericht eingehend geprüft worden, und man hatte dem Angeklagten das Recht auf den Freiherrntitel abgesprochen. Oerthel meinte jedoch, daß sein Vater unter einem unsittlichen Zwange veranlaßt worden sei, den Adelstitel abzulegen: die adelsstolze Verwandtschaft habe seine Notlage ausgenutzt, sie sei mit dem niederen Range des Familienmitgliedes als Zollaufseher nicht einverstanden gewesen. Nun haben inzwischen die Rechtsanwälte des Oerthel die Genehmigungsurkunde des Königs von Bayern ermittelt, durch die dem Freiherrn Christian v. Egloffstein, dem Vater des Hochstaplers, gestattet wurde, sich in Zukunft Christian Oerthel zu nennen. Daher ist der Angeklagte auch als Ludwig Oerthel in das Dresdener Geburtsregister eingetragen. Die königliche Verfügung soll aber den Passus enthalten: „Unbeschadet der Rechte Dritter". Daraus wird gefolgert, daß der Namensverzicht sich, sofern er nicht schon aus anderen Gründen als ungesetzlich zu betrachten wäre, nicht auf die Nachkommen beziehe. Für Oerthel bedeutet aber der Kampf um den Namen Freiherr v. Egloffstein eine sehr wertvolle Spekulation. Sollte nämlich sein Anspruch auf den Namen Freiherr v. Egloffstein gerichtlich anerkannt werden, dann würde es sich das reich begüterte Adelshaus höchst wahrscheinlich ein beträchtliches Pöstchen von Tausendmarkscheinen kosten lassen, um den bereits mit Zuchthaus vorbestraften Oerthel-Egloffstein zu einem freiwilligen Verzicht auf diese Namensführung zu veranlassen.

Der neue Prozeß Oerthel-Egloffstein wird wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Im Beruf getötet. Der Eisenbahnschaffner Wilhelm Lange aus Dallgow wurde am Sonntag um 16,30 Uhr beim Ueberschreiten der Bahngleise in Staaken von einem D-Zug gefaßt und getötet. Man brachte die Leiche ins Schauhaus.

Goldener Sonntag im Schnee.

Gute Weihnachtsgeschäfte?

Auch der goldene Sonntag stand wieder, wie sein Vorgänger, der „Silberne", im Zeichen des stärksten Verkehrs. Schon von der zweiten Nachmittagsstunde an, wo die Geschäfte ihre Tore öffneten, wogte ein endloser Menschenstrom durch die Straßen der Innenstadt. Besonders die Leipziger Straße und Friedrichstraße sowie die Gegend um den Alexanderplatz herum, wiesen zeitweise eine beängstigende Fülle auf. Die Warenhäuser, wohl das Ziel der meisten Kauf- und Schaulustigen, konnten sich über schlechten Besuch nicht beklagen. Alle Verkaufsabteilungen, ohne Unterschied, waren stark frequentiert. Auch in den Außenbezirken haben die Geschäftsleute mit allen Mitteln gearbeitet, um die Kauflustigen durch Schaufensterausstellungen und Lichtreklame festzuhalten. Der Weihnachtsbaumhandel, der sich an allen Plätzen und Straßen aufgetan hat, ging schon flott vonstatten.

Großtag der Kleinhändler.

Die Brandung wogt. Wie ein Polyp streckt dieses Straßenstückchen mit seinen stark frequentierten Kaufläden seine Fangarme aus und alles, was im Bereich seiner Nähe liegt, strömt, magnetisch hingezogen von all der glitzernden, glänzenden, lockenden Pracht dahin. Vom frühen Nachmittag an sind alle Verkehrsvehikel nach der Tauentzienstraße, wo weihnachtliche Milch und Honig zu fließen scheinen, zum Bersten voll. Auf der Straße wälzt sich eine unübersehbare Menschenmasse, flankiert vom Heer der Straßenhändler. „Echt-französische Kelkeflör" (schreibe wie du sprichst) und dazu noch ein Fläschchen „Schipper-Parfüm" eine Mark, bitte riechen", und das Fläschchen wandert gleich einem köstlichen Riechfolz die Runde entlang. Ein weiterer Schlager „Oh de Kologne" für 50 Pf. „Sie glauben nich?" und schon ergießt sich ein ebenso duftender wie ausgiebiger Regen auf Köpfe, Hände und Ueberkleider der Umstehenden. „Eine Armbanduhr, Schweizer Werk mit Brillanten für ganze 50 Pfennige, Krawatten 1 Mark. Bananen 10 Pfennige, dazwischen wieder heiße Maronen. Der reinste Turmbau von Babel, und die sehenslustige, gutgelaunte Menge bleibt stehen, hört sich den rednerischen Niagarafall an und viele kaufen sogar einiges. Im Warenhaus sind einige Abteilungen ganz besonders belebt, zum Beispiel das Parfümerielager, wo die Verkäuferinnen heute sogar als lebende Fabrikmarke kostümiert erscheinen, dann die Herrenartikelabteilungen, wo die männliche Begleitmannschaft auch einmal ihre bescheidenen Wünsche im Rahmen eines Schals oder einer Krawatte äußern darf. Ein schier lebensgefährlicher Trubel herrscht in der Spielwarenabteilung und am Radiolager.

*

Ein sehr schlechtes Geschäft machten am gestrigen „Goldenen Sonntag" die Laden- und Taschendiebe. Die Kriminalpolizei hatte zahlreiche Beamte der Laden- und Taschendiebstahlsstreifen ausgesandt, und die großen Geschäftshäuser hatten ihre eigenen Detektive ebenfalls auf die Beine gebracht. Soweit bisher bekannt ist, sind dank dieser scharfen Kontrolle keine größeren Diebstähle vorgekommen. Die einzige Ausbeute waren zwei Ladendiebinnen, die in Kaufhäusern der Leipziger Straße aufgetreten waren. Außerdem wurde am Alexanderplatz ein Taschendieb festgenommen.

Weihnachtsfeier Baumschulenweg.

In den Straßen der Stadt quetschen und schieben sich die Menschen im lebensgefährlichen Gedränge. Hier draußen merkt man nichts von all dem beängstigenden Trubel. Die Straßen liegen still in ihrem weißen Kleide. In der festlich geschmückten Aula des Lyzeums, Baumschulenstraße, veranstaltete die Abteilung Baumschulenweg eine Feier. Von den Wänden grüßen die Fahnen, das Podium flankieren zwei mächtige, brennende Weihnachtsbäume und daneben stehen junge Menschenkinder und singen Festerlieder, nicht gerade solche aus dem Kirchenliederschatz, aber trotzdem nicht weniger feierliche. Aus den jungen Gemütern klingt richtige Weihestimmung, wie sie da im schlichten, stillen Chorgesang ihr Weihnachtswünschen offenbaren. Auf die aber, die da unten sitzen, groß und klein, alt und jung, springt der Funke über. Genosse Künstler schürte ihn zu leuchtender Glut, als er vom Weihnachtsfest sprach, wie wir es feiern wollen und von seiner wirklichen Bedeutung, die wir diesem Feste geben. Nicht als Kirchenfest empfinden wir Weihnachten, sondern als ein Gedenken dessen, was wir Sozialisten am Bau des großen Werkes „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" noch zu leisten haben. Christus war der große Revolutionär, der der Menschheit die Machtstellung geben wollte, durch Zusammenschluß und Stärke in der Gemeinschaft das große Heer ihrer Ausbeuter zu besiegen; die Religion von damals, die er predigte, wollen wir als die Religion der Gegenwart, die Religion der Freiheit und des Menschenrechtes verkünden. Nur der internationale Sozialismus kann diese große Kulturbewegung vollbringen; wir gehören zusammen, sind eine Schicksalsgemeinschaft durch Solidarität und werden uns den Weg bahnen in das Land des Friedens. „Kommt mit, helft uns!" Dies ist die geschichtliche Mission des Proletariers. Nach dieser Rede, die Stürme der Begeisterung weckte, boten Mitglieder der Städtischen Oper, die ihre Kunst ohne jedes Entgelt in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, Musik- und Gesangsvorträge. Für die ganz Kleinen gab es in einem anderen Saale lustige Märchenfilme und „bunte Teller".

Großer Wintersportverkehr.

Aber nicht alle hielt der goldene Sonntag in der Stadt zurück. Und so zogen denn schon in den frühen Vormittagsstunden große Scharen, mit Skiern, Rodelschlitten und Schlittschuhen bewaffnet, hinaus ins Freie, in die prächtige Schneelandschaft des Grunewaldes. Die U-Bahnzüge nach Dahlem und dem Thielplatz trugen zeitweise das Gepräge der Münchener Wintersportzüge. Skier neben Skier und dazwischen Rodelschlitten. Es war draußen auch prachtvoll! Seit Jahren hat es für die Berliner nicht eine so gute und einheitliche Schneedecke für den Wintersport gegeben. Auch die Oranienburger Strecke, und in der entgegengesetzten Richtung, Friedrichshagen, war das Ziel vieler Wintersportler. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich trotz des starken Betriebes, der sich an einigen Stellen entwickelte, es außer einem glimpflich verlaufenen Rodelunfall, nirgends zu Unglücksfällen gekommen ist.

Die Berliner Verkehrszahlen des goldenen Sonntags reichen nicht ganz an die des Vorsonntags heran. Der Hauptansturm herrschte von 16 bis 19 Uhr, und die Fülle nahm oft beängstigende Formen an. Die Verkehrspolizei sorgte für eine glatte Abwicklung des Wagen- und Fußgängerverkehrs, was für die Beamten, besonders in der Leipziger Straße und Friedrichstraße, keine leichte und angenehme Arbeit war. Auf der Stadt- und Ringbahn wurden rund eine Million Fahrkarten ausgegeben. Die Autobusse wurden von 425 000 Fahrgästen benutzt. Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft hatte dieselbe Verkehrsdichte wie am silbernen Sonntag, rund 560 000 Fahrgäste. Den Rekord hält wieder die Straßenbahn, die insgesamt 1 600 000 Personen beförderte.

Kälte in aller Welt.

Aus allen Teilen Europas laufen Meldungen über die außerordentlich scharfe Kälte ein.

Stettin, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Seit zwei Tagen herrscht an der Ostseeküste ein **Schneetreiben wie es seit Jahren nicht mehr beobachtet ist.** Auf den Verkehrsstraßen sind stellenweise haushohe Schneeschanzen zusammengeweht, so daß Autos und Fuhrwerke stecken bleiben. Einzelne Orte sind vom Verkehr völlig abgeschnitten.

Wien, 19. Dezember.

In Wien herrscht seit einigen Tagen ungemein strenge Kälte verbunden mit heftigem Schneefall, der sich besonders im Verkehr sehr unangenehm bemerkbar macht. Es kam mehrfach zu Verkehrsstörungen. Gestern abend blieb ein dichtbesetzter Lokalzug in der Umgebung von Wien im Schnee stecken. Schneepflüge mußten stundenlang arbeiten, um den Zug wieder freizumachen. Auf zahlreichen Stationen der Südbahn wickelt sich der Verkehr infolge der vereisten Weichen unter größten Schwierigkeiten ab. Es kam zu großen Zugverspätungen.

London, 19. Dezember.

Im Aermelkanal herrscht stürmisches Wetter. Zahlreiche Dampfer haben große Verspätungen erlitten. Aus allen Teilen Englands und Schottlands kommen Berichte von großer Kälte. Die Pferderennen in verschiedenen Städten mußten heute abgesagt werden.

Paris, 19. Dezember.

Die Temperatur ist im Laufe der Nacht in ganz Frankreich weiter gesunken. In Paris wurden heute morgen über 10 Grad Kälte verzeichnet. Aus der Provinz wurden bis 18 Grad Kälte gemeldet. **Auch im Süden Frankreichs herrscht starkes Frostwetter.** In Marseille zeigte das Thermometer am Sonntag in den Mittagstunden 10 Grad unter Null. Es sind bereits **mehrere Todesfälle infolge der Kälte** zu verzeichnen.

Warschau, 19. Dezember.

In ganz Polen herrscht starker Frost. In Warschau zeigte das Thermometer 16 Grad, während in Wilna sogar 25 Grad Kälte verzeichnet werden.

Riga, 19. Dezember.

Nach Moskauer Meldungen herrscht in Südrußland große Kälte. In der Ukraine ist die Temperatur an vielen Orten bis unter 30 Grad gesunken. Der sibirische Expreß hat sich um 48 Stunden verspätet, weil die Linie vollständig verschneit und vereist war. Zur Freilegung der Strecke mußte stellenweise die Bevölkerung der umliegenden Dörfer sowie Truppen herangezogen werden.

Kowno, 19. Dezember.

Aus Jakutsk (Nordostsibirien) wird furchtbare Kälte gemeldet. Das Thermometer ist auf 52 Grad unter Null gesunken. Krähen, die ihre Nester in der Suche nach Nahrung verlassen, erfrieren während des Fluges und fallen als Eisklumpen auf den Boden. Unter der Bevölkerung sind bereits zahlreiche Opfer der Kälte festgestellt worden.

Wohnungseinbruch in Halensee.

Für 15 000 Mark Beute bei einer Zahnärztin.

Einer in der Albrecht-Achilles-Straße in Halensee wohnenden Zahnärztin wurde am Sonnabend nachmittag die Wohnung bis auf die Möbel ausgeräumt. Das Haus gehört zu einem großen Block von Neubauten, von denen einige schon bewohnt sind, während an den anderen noch gearbeitet wird. Die zahlreichen Gerüste und Leitern ermöglichen den Einbrechern ein bequemes Hinaufsteigen, und die modernen flachen Dächer lassen sich ohne Lebensgefahr überqueren. Auch in diesem Falle sind die Verbrecher, nachdem die Arbeiter die Bauten verlassen hatten, ohne Zweifel über die Dächer herangekommen. Außer 500 Mark barem Gelde erbeuteten sie die gesamte Garderobe der Dame, dazu Schmucksachen und zahllose zahnärztliche Instrumente, 300 Bohrer, Goldkronen, 500 Blockzähne, sechs fertige Goldzähne, 12 Mundspiegel, eine Bohrmaschine von der Firma Asch u. Sohn und eine Kassette mit Goldblechen. Der Gesamtwert der Beute beläuft sich auf nicht weniger als 15 000 Mark. Als die Aerztin gegen 7 Uhr von einem Ausgang heimkehrte, waren die Verbrecher mit ihrer reichen Beute bereits verschwunden. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes, das zum großen Teil U. R. gezeichnet ist, wird eine hohe Belohnung zugesichert.

Doppeleinbruch in Neukölln.

Zwei nebeneinander liegende Geschäfte wurden in der Nacht zum Sonntag von Einbrechern schwer heimgesucht. Die Bande drang auf dem Grundstück Berliner Straße 35/39 von der Hofseite her zuerst in das Hutgeschäft von Thellmann ein und stahl hier für etwa 4000 bis 5000 Mark Hüte und Pelze. Dann durchstemmte sie eine Wand zu dem daneben liegenden Konfektionsgeschäft von Salomonsohn und erbeutete hier für 11 000 bis 12 000 Mark fertige Sachen und Kleiderstoffe aus Wolle und Seide. Mit der schweren Beute entkamen die Verbrecher ungesehen durch das Hoftor.

Doppelselbstmord in der Wilhelmstraße

Arbeitslosigkeit und Hunger als Ursachen.

In ihrer im Hause Wilhelmstr. 24 gelegenen Wohnung wurde am Sonntag abend die 48jährige Frieda Suchland und deren 26 Jahre alter Freund, der Mechaniker Paul May, durch Gas vergiftet tot aufgefunden.

Frau S., die vor längerer Zeit geschieden wurde, bewohnte mit Paul M. im Quergebäude des Hauses Wilhelmstr. 24 eine aus Küche und Stube bestehende Wohnung. Am Sonntag abend gegen 21 Uhr bemerkten heimkehrende Hausbewohner auf dem Treppenflur starken Gasgeruch, der aus der Wohnung der Frau S. drang. Als auf Klopfen niemand öffnete, wurde das zuständige Polizeirevier benachrichtigt. Mehrere Beamte verschafften sich gewaltsam Eingang in die Wohnung und fanden das Paar in dem mit Gas erfüllten Schlafzimmer tot auf. Die Leichenstarre war bereits eingetreten. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod vermutlich schon am Sonnabend vormittag eingetreten ist. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorging, haben die Lebensmüden im gegenseitigen Einverständnis gehandelt. Nahrungssorgen, als Folge längerer Arbeitslosigkeit des M. und Nervenzerrüttung der Frau, sind der letzte Anlaß zu dem gemeinsamen Verzweiflungsschritt gewesen.

Ein „Machandelchen" nach dem anderen

Erlebnisse zweier Ostpreußen in Berlin.

Ein Erwachen mit Schrecken hatten ein Viehhändler aus Ostpreußen und sein Gehilfe, die sich auf ihre Art Berlin angesehen hatten. Nach Abschluß guter Geschäfte glaubte der Händler 9500 Mark in seiner Brieftasche heimbringen zu können. Das wäre auch geschehen, wenn er gleich hätte abfahren können. Die Zeit bis zum Zuge vertrieb er sich aber, indem er mit seinem Gehilfen eine Anzahl kleinerer Lokale besuchte. Die beiden Ostpreußen tranken ein „Machandelchen" nach dem anderen. Wären sie dabei geblieben, so wäre auch alles gut gegangen, denn sie können davon ein ansehnliches Quantum vertragen. Aber es blieb nicht dabei. In einem Café in der Breslauer Straße, wo sie endlich landeten, kam es sogar zu Sekt, den auch zwei „Damen", die sich zu ihnen gesellt hatten, sich gut schmecken ließen. Die Ostpreußen waren schließlich soweit, daß die Zechgenossinnen sie gerade noch in eine Autodroschke verstauen konnten. Dem Chauffeur gaben sie die Weisung, sie so lange umherzufahren, bis sie sich etwas ernüchtert hätten und dann nach dem Bahnhof zu bringen. So kamen sie denn auch nach dem Schlesischen Bahnhof, während sie glaubten, daß sie nach dem Bahnhof Charlottenburg gebracht würden. Als der Chauffeur den stark aufgelaufenen Fahrpreis verlangen wollte, schliefen seine Fahrgäste so fest, daß es ihm nicht gelang, sie aufzuwecken. Er wandte sich daher an die Bahnhofswache, weil er in seinem Betriebe nicht länger gestört sein wollte. Man brachte die Fahrgäste in einen Raum der Wache, bezahlte den Chauffeur aus des Händlers Tasche und behielt beide in Schutzhaft, bis sie sich ausgeschlafen hatten. Jetzt entdeckten sie, daß ihre Zechgenossinnen ihre Brieftasche um einen bedeutenden Teil ihres Inhalts erleichtert hatten. Da der Händler aber eine gute Belohnung ausgesetzt hat und die Huldinnen auch genau beschreiben kann, so werden sich die beiden Damen wohl nicht lange ihrer Beute erfreuen können.

Winterurlaub und Wintersport!

Noch viel zu wenig wird der Winter zur Erholung, zur Verbringung von Ferien benutzt. Und doch ist er gerade in unseren deutschen Bergen so schön! Schön ist's dann im Bergwald. Das Wetter ist beständiger als im Flachlande, an sonnigen Tagen umweht uns eine milde Luft und wenn man gar noch Sport zu treiben in der Lage ist, dann nimmt die Lust kein Ende. Ein Schneeschuhlauf in diesem weißen Lande ist einzigartig. Aber auch für den Nichtsporttreibenden ist der Winterurlaub von entschieden größerer Wirkung als ein solcher im Sommer! Was vier Wochen Sommerurlaub bewirken, schafft der Winter in zwei Wochen! Der Wintersport, speziell das Skilaufen, findet von Jahr zu Jahr in der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Anhänger. Es ist heute schon großen Teilen der Arbeiterschaft möglich, Wintersport im herrlichen Thüringer Walde zu treiben. Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde" Thüringen in Jena hat ein Netz von schönen Ferien- und Wanderheimen in den herrlichen Gegenden des Thüringer Waldes und Vogtlandes geschaffen, wo neben billiger Unterkunft und Beköstigung (Tagessatz 3,50 M. bei vier Mahlzeiten inklusive Uebernachtung) auch Selbstbeköstigung möglich ist.

Die für den Wintersport am besten geeigneten Heime sind: **Ferienheim Frauenwald** im Thüringer Wald, 800 Meter Seehöhe, bestes Wintersportgelände des Thüringer Waldes, vorzügliche Luftverhältnisse. Bahnstation: Frauenwald, Linie Erfurt—Ilmenau—Rennsteig (umsteigen) Frauenwald. Anschrift: Ferienheim Frauenwald in Frauenwald im Thüringer Wald. — **Ferienheim in Friedrichroda**, nebst Oberhof der größte Wintersportplatz Thüringens. Unser Genossenschaftsferienheim bietet angenehmen Aufenthalt. In unmittelbarer Nähe der Rodel- und Bobbahn wird auch der Nichtsportler auf seine Rechnung kommen. Prächtiges Wintersportgelände! (Tanzbuche—Inselsberg—Rennstein, 800 bis 900 Meter hoch.) Ganzjährig geöffnet. Anschrift: Genossenschaftsferienheim Friedrichroda (Thüringen), Grund 3/5. — **Finsterbacher Pirschhaus**, Wanderheim bei Tambach-Dietharz, 750 Meter Seehöhe. Rennsteigwanderungen. Nur Sonntags geöffnet. Anmeldungen an: Wilhelm Rosher, Erfurt, Alte-Fritz-Straße 15. — **Ferienheim Steigerhaus** bei Saalfeld a. d. S. Auf halber Höhe der Gartenkuppen befindet sich unser Ferienheim Steigerhaus. Für Wintersport ideales Gelände (Arnegereuth—Reichmannsdorf—Hohe Eiche), 700 Meter Seehöhe. Von der Bahnstation ¾ Stunde entfernt. Nur Sonntags geöffnet. Anschrift: Arthur Bauer, Saalfeld a. d. S., Rainweg 14. — Im Sächsischen Erzgebirge haben wir das **Ferienheim Muldenhaus** in Rautenkranz, Seehöhe 700 Meter. Das Gelände der ganzen Umgebung prächtig für den Wintersport. In nächster Nähe größte Sprungschanze Deutschlands. Auersberg—Fichtelberg—Aschberg. Alles über 1000 Meter. Das ganze Jahr geöffnet. Anschrift: Ferienheim Muldenhaus in Rautenkranz im Vogtland. — In der Dübener Heide haben wir das **Ferienheim Eisenhammer** bei Düben (Mulde). Großer See gibt Gelegenheit zum Eislauf. Adresse: Ferienheim Eisenhammer, Post Düben (Mulde). — Im Berliner Seengebiet unterhalten wir ein **Ferienheim in Klein-Köris**, das unmittelbar am See liegt. Anschrift: Ferienheim Klein-Köris, Station Groß-Köris (Kreis Teltow), Bahnlinie: Berlin—Königswusterhausen—Görlitz. Alle Zimmer sind heizbar, mit elektrischer Beleuchtung usw.

Besucht also die Heime der Arbeiterschaft auch im Winter. Unterstützt die herrliche Bewegung. Auskunft erteilt gern die Geschäftsstelle Jena in Thüringen, Marienstr. 4.

Todesopfer eines Wirtshausstreites.

Schwerwiegende Folgen hatte ein Wirtshausstreit, der sich in der Nacht zum Sonntag in einem Lokal in der Posener Straße abspielte. Gegen 2 Uhr geriet dort der 22 Jahre alte Tischler Karl Keßler aus der Paul-Singer-Straße 33 mit dem Geschäftsführer, einem 38 Jahre alten Hugo Pianowski aus der Memeler Straße in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Als Keßler den Geschäftsführer schwer bedrohte, mußte sich dieser keinen anderen Rat, als einen Revolver zu ziehen und auf den Angreifer einen Schuß abzugeben, der den Tischler in den Bauch traf. Der Verletzte wurde nach der nächsten Rettungsstelle und dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er noch im Laufe der Nacht starb. Pianowski wurde von Polizeibeamten zur Wache gebracht, nach eingehendem Verhör aber wieder vorläufig auf freien Fuß gesetzt, da auch durch Zeugenaussagen seine Behauptung, er habe sich in Notwehr befunden, bestätigt wird.

Feuer in Nobelshof.

In dem Holzsägewerk von Radge, dem sogenannten Nobelshof in Oberschöneweide, das schon wiederholt von größeren Bränden heimgesucht worden ist, entstand am Sonntagnachmittag aus noch unbekannter Ursache im Maschinenhaus Feuer. Wegen der großen Gefahr, die der Brandherd für die riesigen Holzvorräte bildete, eilten auf den Alarm vier Löschzüge der Feuerwehr unter Leitung des Baurats Anders an. Durch starkes Wassergeben gelang es, das Feuer zu lokalisieren. Die Wehren rückten nach fast zweistündiger Tätigkeit wieder ab.

Der Kleingartenverein „Gemeindeland Britz" veranstaltete am vergangenen Sonntag in Müllers Festsälen in Britz eine wohlgelungene Weihnachtsfeier, verbunden mit einer Bescherung, an der eine Anzahl bedürftiger Personen aus den fünf Britzer Wohlfahrtsbezirken, Erwerbslose und ungefähr 75 Kinder teilnahmen. Die Armen wurden reichlich mit Gebrauchsgegenständen mancher Art bedacht, auch mit Lebensmitteln. Die Kinder erhielten bunte Teller und Spielsachen. Alle wurden außerdem noch mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Wenn man in Betracht zieht, daß der Verein nur aus Proletariern besteht, so muß man dieses Beispiel warmherziger Nächstenliebe doppelt hoch anrechnen. Darbietungen der Neuköllner Liedertafel und der Kinderfreunde Abteilung Britz und Instrumentalkonzert umrahmten diese wohlgelungene Veranstaltung.

Folgen des Motorradfimmels.

Ein jugendlicher Ausreißer wurde von Kriminalbeamten auf dem Lehrter Bahnhof geschnappt. Der 17 Jahre alte, aus Hamburg gebürtige Ernst D. leidet am „Motorradfimmel", das heißt, er kann kein Motorrad stehen sehen, sondern muß sich alsbald hinaufschwingen und davonfahren. Diese eigenartige Krankheit hat ihn wiederholt in Schwierigkeiten gebracht. Seinen letzten Streich verübte er erst vor einigen Tagen. Er hatte für seinen Vater 2000 Mark einkassiert, lieferte aber das Geld nicht ab, sondern kaufte flugs wieder ein Motorrad und fuhr nach Berlin. Bald war sein Geld verbraucht und er mußte Rad und Ausrüstung wieder verkaufen. Planlos und ohne Mittel irrte er hier umher, bis ihn die Beamten aufgriffen und in Schutzhaft nahmen.

Deutsch-österreichischer Kinderaustausch.

Im Ministerium für soziale Fürsorge in Wien begannen am Sonntag Besprechungen über einen umfassenden Kinderaustausch zwischen Oesterreich und Deutschland in den Sommermonaten nächsten Jahres. Hierzu waren aus Deutschland Vertreter des preußischen Wohlfahrtsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, und der Organisation Landaufenthalt der Stadtkinder eingetroffen. Der Vorsitzende, Ministerialrat Foramitti, besprach die günstigen gesundheitlichen Folgen eines Austausches, der die österreichischen Kinder an die Nord- und Ostsee, die Kinder aus Deutschland in die österreichischen Alpen führt. Dr. Gerlich teilte mit, daß in Deutschland fast 400000 Kinder für den Landaufenthalt in Frage kommen, von denen einige Tausend für Oesterreich in Betracht kommen. Der Führer der deutschen Delegation sprach über die Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Er betonte hierbei die großen Dienste, die während des Ruhrkonflikts die Oesterreicher den Kindern aus dem notleidenden Ruhrrevier leisten konnten.

Ein Reichsverband der dissidentischen Fürsorge.

Am Sonntag wurde in Dortmund unter reger Teilnahme aller freidenkerischen Organisationen Deutschlands der Reichsverband der dissidentischen Fürsorge Deutschlands geschaffen. An der Tagung nahmen bereits tätige oder in der Bildung begriffene dissidentische Fürsorgeorganisationen aus allen Teilen Deutschlands teil. In einer regen Aussprache wurde die Einheitlichkeit aller freidenkerischen Organisationen in bezug auf die Notwendigkeit der dissidentischen Fürsorge festgestellt. Hinter der neugeschaffenen Organisation stehen etwa anderthalb Millionen organisierte Freidenker.

Lebendig im Auto verbrannt.

Am Sonntag vormittag stießen im Bois de Vincennes bei Paris zwei in rasender Geschwindigkeit fahrende Automobile zusammen. Der eine der Wagen ging in Flammen auf. Seine Insassen, ein Ehepaar, verbrannten vor den Augen der herbeigeeilten Spaziergänger, ohne daß ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Sport.

Eishockeyturnier im Sportpalast.

Die Engländer fallen ab!

Wie alljährlich zu Weihnachten, veranstaltet der Berliner Schlittschuh-Club (BSC.) auch in diesem Jahre wieder ein internationales Weihnachtsturnier, das gleichsam den Abschluß der ersten Hälfte der Eishockeysaison bildet. Am Sonnabend nahm das Turnier, an dem die bekannten englischen Studentenmannschaften der Universitäten Cambridge und Oxford, sowie der Europameister, der Wiener Eislaufverein, teilnahmen, mit der Begegnung Oxford—Berliner Schlittschuh-Club (Internationalen) seinen Anfang. Die Engländer, die mit einhalbstündiger Verspätung eintrafen und direkt von der Bahn kamen, mußten die hohe Niederlage von 7:1 hinnehmen. Die Internationalen des BSC. waren stets führend, und bei den Gegnern, die durch die Reise stark gehandicapt schienen, wurde zeitweise jedes Zusammenspiel vermißt. Das erste Spieldrittel endete 2 : 1. Im zweiten Drittel erhöhten die Berliner ihren Vorsprung auf fünf und im Schlußspiel sogar auf sieben Tore. — Das zweite Spiel bestritten die Mannschaften der Cambridge University und des Wiener Eislaufvereins. Es gab einen flotten und ziemlich ausgeglichenen Kampf. Mit 2 : 0 gingen die Wiener in Führung. Im zweiten Drittel landet Cambridge einmal erfolgreich und im letzten Drittel ist es nochmals Wien, das einen zählbaren Erfolg für sich verbucht. Mit 3 : 1 hatte Wien verdient gewonnen.

Am Sonntag nahm das Turnier vor vollbesetzten Tribünen seinen Fortgang. Cambridge trat gegen die Internationalen an. Die Berliner waren fast während des ganzen Spiels tonangebend. Gefährliche Schüsse der Engländer wurden von Steinke sicher gehalten. Das erste Drittel bringt den Internationalen zwei Tore, der Cambridge-Mannschaft eins. Das zweite Drittel verläuft torlos. Im Endkampf, in dem Johanson und Dr. Roche wieder dominieren, prallt die Scheibe noch zweimal ins englische Netz. Beim Abpfiff ist der Stand des Spiels 4 : 1 für Berlin. Der vierte Kampf brachte Oxford gegen Wien in die Arena. Der Kampf nahm ein etwas sensationelles Ende. Die Wiener, die am Schluß des zweiten Spieldrittels erst mit 1 : 0 führten, konnten zuletzt ihre Torzahl auf fünf erhöhen. Die Oxforder Mannschaft, die sich zuerst tapfer gehalten hatte, war der glänzenden Kombination der Wiener Stürmerreihe im letzten Drittel nicht mehr gewachsen, jeder zählbare Erfolg blieb ihnen versagt. Resultat: 5 : 0 für Wien. — Daß zu jedem Eishockeyspiel auch Pfeifkonzerte gehören, wurde am gestrigen Sonntag wieder bewiesen.

Rennen zu Ruhleben am Sonntag, dem 18. Dezember.

1. Rennen. 1. Geißlern (G. Schröder), 2. Leuchtkäfer, 3. Mistral. Toto: 36 : 10. Platz: 18, 19, 33 : 10. Ferner liefen: Doorn, Max Dalziel, Glücksvogel, Delher, Brigitte, Abeline, Die Letzte, Leuchtfackel, Linka Harvester, Ostmark, Mia Halle, Athener, Wintermärchen, Harfenmädchen.

2. Rennen. 1. Freund Edelstein (P. Kuni), 2. Hellina, 3. Sultan G. Toto: 37 : 10. Platz: 15, 52, 16 : 10. Ferner liefen: Mearim, Harlekin, Good Boy, Eulenspiegel, Angelinde, Freibeuter, Christl, Langemann, Erika, Kapit. Halle, Michael, Calanova, Johannisfeuer, Morgentau.

3. Rennen. 1. Prinzeß Fortuna (E. Berk), 2. Rotula, 3. Arnfried. Toto: 68 : 10. Platz: 24, 133, 34 : 10. Ferner liefen: Wainken, Kasimir, Blaumeise, Prinz Kuckuck, Mantua, Lord Balo, Linda, Harfenmädchen, Heideprinz I, Prana Wolls, Earl Lehburn, Lu, Heldemann, Erbprinz jr., Copal, Interessent, Corona, McKinney, Mimi Halle, Fenelon.

4. Rennen. 1. Bonban (Rauh jr.), 2. Flatterrole, 3. Franciska. Toto: 29 : 10. Platz: 13, 14, 20 : 10. Ferner liefen: Pechfackel, Baron Klamaab, Marcel, True Fox.

5. Rennen. 1. Sir Caid (Jank jr.), 2. Armenier, 3. Koryphäe. Toto: 34 : 10. Platz: 23, 85, 17 : 10. Ferner liefen: Charley Worthy, Mgal, Bingen, Rebaterin, Elfenkönigin, Effi, Martha Halle, Lombardel, Kartenspieler, Coeur Maid, Friedrichsdor, Hippolyos, Relita Palmetto, Modern, Landrat, O'Captain Lerchberg, Salome, Kasimir, Strumpeter, Kohlenkönig.

6. Rennen. 1. Graf Dorn (O. Haller), 2. Prinzeß A., 3. Brunä. Toto: 46 : 10. Platz: 20, 15, 51 : 10. Ferner liefen: Ehrenberg, Propeller, Mirabella I, Holstein, Vicar, Fram, Potsdam, Höhensonne, Weinbrand, Autonne, Barmaid.

7. Rennen. 1. Lindenkind (G. Lautenberger), 2. Rubin, 3. Arnulf. Toto: 42 : 10. Platz: 15, 20, 14 : 10. Ferner liefen: Quitte B., Lustiger Bruder, Möglich, Gerhard, Kurpatz, Peter Harvester, Denkmünze, Monarch I.

8. Rennen. 1. Prinz Abdell (B. Hockert), 2. Tassus, 3. Frankenstein. Toto: 38 : 10. Platz: 16, 19, 16 : 10. Ferner liefen: Wildkatze, Unheil, Malteser, Heideprinz I, Katharina, Peralta, Clematis blau.

Wirtschaft

Aktionärsinteresse geht vor Werksgesundung.

Sanierungsscheu bei der Maschinenfabrik Hartmann.

Die Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A.-G. in Chemnitz, das größte mitteldeutsche Maschinenunternehmen mit 18,2 Millionen Kapital, ist schon seit langem sanierungsreif. Die Schwierigkeiten, an denen das Unternehmen seit Jahren krankt, gehen letzten Endes auf die zu hohe Kapitalbemessung bei der Goldumstellung 1924 zurück. Eine Gesellschaft, die in der Vorkriegszeit mit 12 Millionen Kapital arbeitete, konnte in der auf die Inflation folgenden und langanhaltenden Depression in der Maschinenindustrie unmöglich eine Rente für 20 Millionen Kapital (es bestanden noch 2 Millionen jetzt eingezogene Vorratsaktien) herauswirtschaften. In der Tat steht noch heute der Aktienkurs um 30 Proz. herum. Bereits der Abschluß für 1925/26 brachte einen Verlust von 1,5 Millionen Mark. Hatte sich aber die Verwaltung schon bei der Goldumstellung von einer falschen Rücksichtnahme auf die Aktionäre leiten lassen, so verfolgt sie auch heute zum Schaden des Werkes dieses Prinzip, obwohl das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1926/27 mit einem neuen und weit höheren Verlust von rund 3,3 Millionen Mark abschließt.

Nachdem jetzt fünf Monate des neuen Geschäftsjahres verstrichen sind und der Abschluß für 1926/27 veröffentlicht ist, erklärt die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht, daß bei der augenblicklichen Umstellung der Betriebe die zahlenmäßigen Grundlagen erst festgestellt werden müssen, wenn man ein allzu hartes Opfer der Aktionäre vermeiden will. Die Umstellung der Betriebe — Zusammenlegung sämtlicher Werkstätten in Chemnitz, Stillegung des Werkzeugmaschinenbaus — kann allein aber keine Gesundung des Werkes herbeiführen, wenn ihr nicht die finanzielle Sanierung vorangegangen ist. Hartmann will erst die beliebte Rationalisierung auf dem Rücken der Belegschaften durchführen, scheut sich aber, seinen Aktionären ein Opfer zuzumuten. Daß unter dieser falschen Einstellung auch die Mechanisierung der Betriebe leidet, ist gleichfalls aus dem Geschäftsbericht ersichtlich, der bemerkt, daß die Gesellschaft sich im Ausbau der Gebäude und der Beschaffung von Maschinen „tunlichste Zurückhaltung" auferlegt habe.

Die Bilanz ist entsprechend der ungünstigen Lage des Unternehmens sehr angespannt. Bankschulden sind noch 6,5 Millionen vorhanden, außerdem noch fast 6 Millionen andere Verpflichtungen und Anzahlungen von Kunden. Dem stehen nur 4,9 Millionen Mark Forderungen und Barmittel gegenüber. Dazu kommen noch Vorräte von 3,8 und fertige, sowie halbfertige Erzeugnisse mit 6 Millionen Mark. Die Zinslasten sind erdrückend hoch. Sie betragen 750 000 M., während im vergangenen Jahr sogar eine Million dafür aufgebracht werden mußte. — Die gegenwärtige Betriebslage ist bei der allgemeinen Konjunktur im Maschinenbau gut. Während der Gesamtumsatz im vorigen Jahr nur 17,7 Millionen Mark betrug, das Aktienkapital also nicht einmal umgeschlagen werden konnte, beziffert sich der jetzige Auftragsbestand auf fast 12 Millionen Mark. Die Belegschaften haben sich um etwa 1800 auf 5400 erhöht, erreichen aber längst noch nicht die Normalbelegung von etwa 8000 Mann.

Umstellungen und Fusionen im Wolff-Konzern Magdeburg. Im größten mitteldeutschen Maschinenbaukonzern, den um die R. Wolff-Aktiengesellschaft, Magdeburg, konzentrierten Maschinenbauunternehmungen, gehen einige sehr erhebliche Veränderungen vor sich. Die wichtigste ist die betriebliche Verschmelzung der Maschinenfabrik Buckau A.-G. (Maschinen für Braunkohlenbergbau, die Zuckerindustrie und Baggermaschinen) mit der R. Wolff A.-G., Magdeburg (Lokomobilen, Dampfmaschinen, Dieselmotoren), wobei die Maschinenfabrik Buckau die Magdeburger Firma in sich aufnimmt. Das Buckau-Kapital wird von 6 auf 12 Millionen Mark erhöht. Während die dem Konzern seinen Namen gebende Wolff A.-G. trotz reichlicher Beschäftigung auf mehrere Monate für 1927 wahrscheinlich keine Dividende verteilen wird, wird Buckau, das die Führung übernimmt, wieder 10 Proz. Dividende verteilen, nachdem der stark steigende Auftragsbestand eine Belegschaftsvermehrung um 50 Proz. ermöglicht hat. In den verschmolzenen Gesellschaften wird eine Belegschaft von gegenwärtig nahezu 6000 Mann tätig sein. Der notleidenden Wolff A.-G. finanziell auf die Füße zu helfen, dient eine andere Transaktion innerhalb des Konzerns. Die Heinrich-Lanz-A.-G. in Mannheim soll ihren Interessengemeinschaftsvertrag mit der Wolff A.-G. (Aufteilung des Produktionsprogramms, Ausgleichung der Gewinne und des Vermögens) dahin abändern, daß jede Firma ihre finanzielle Selbständigkeit wieder erhält. Da aber Lanz eine Wolff benachteiligende Produktion zugeteilt bekommen, und Wolff für Lanz Kreditgarantien übernommen hat, soll die Lanz A.-G. Mannheim auf 25 Jahre einen jährlichen Betrag von 225 000 Mark an die Wolff A.-G. zahlen, der sich auf 150 000 M. ermäßigt, wenn die Lanz-Gewinne die Verteilung einer vierprozentigen Dividende nicht erlauben.

Die „Notlage" der Schwerindustrie. Der neueste Bericht des Stahlwerks Hoesch, das nach seiner Kapitalerhöhung von 55 auf 70 Millionen Mark zu den stärksten Konkurrenten des Ruhrmontantrusts gehört, gibt einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse der Großeisenindustrie. Das Unternehmen, das als erster Großkonzern seinen Konjunkturabschluß 1926/27 im September veröffentlichte und mit 9,5 Millionen Mark seinen Reingewinn verdoppeln konnte, außerdem aber hohe Summen in die Anlagen und Beteiligungen gesteckt hatte, teilt jetzt mit, daß sein Auftragsbestand einer Belegschaft von 8000 Mann bis zum Frühjahr Beschäftigung sichere. Die Roheisenerzeugung hält sich mit 50 000 Tonnen im Monat auf der Durchschnittshöhe des abgeschlossenen Konjunkturjahres, während die Rohstahlproduktion mit 85 000 Tonnen im Monat sogar die letzten Rekordziffern übertrifft. Das noch im Bau befindliche Thomaswerk, das mit einem Konverter von 40 000 Tonnen ausgestattet wird, stellt das größte und modernste Werk seiner Art auf dem Kontinent dar. — Diese Tatsachen sprechen deutlicher als alles andere für die selten günstige Lage der Großeisenindustrie, über die keine Winkelzüge der Unternehmer hinwegzutäuschen vermögen.

Die Charlottenhütte A.-G. im Siegerland erhöht ihre Dividende von 8 auf 12 Proz. und ihr Aktienkapital von 10 auf 21,5 Millionen Mark. So stellen sich Gewinne und Entwicklungsaussichten des führenden Werkes im Siegerland dar, das bekanntlich zu den Vereinigten Stahlwerke A.-G. gehört. Vor kurzem haben schwerindustrielle Syndizi noch den völligen Zusammenbruch des Siegerlandes vorhergesagt, wenn die bisher gewährten Subventionen nicht wieder aufgenommen werden.

Das Kohlenabkommen mit der Tschechei verlängert. Die Verhandlungen in Prag zwischen dem Reichskohlenkommissar und der tschechoslowakischen Regierung haben dazu geführt, daß das Kohlenabkommen unverändert um ein Jahr verlängert wurde.

Aus der Partei.

Neue Wahlerfolge haben unsere deutschen und slowenischen Genossen in der jetzt zu Südslawien gehörenden Untersteiermark errungen. Im heftigen Wahlkampf gegen die Klerikalen, die dort besonders gehässig und reaktionär sind, haben unsere Genossen in mehreren Gemeinden der Umgebung von Marburg (Maribor) teils die Mehrheit, teils sehr starke Positionen erobert. Die deutsch geschriebene Marburger „Volksstimme" ist den Arbeitern der Untersteiermark eine gute Waffe. Aus diesem Gebiet ist auch der einzige Sozialdemokrat in die Belgrader Skupschtina, Genosse Petejan, gewählt worden.